

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Chancengerechtigkeit, Bildung und Jugendpolitik	6
Beschäftigung und gute Arbeit	12
Demokratie & Partizipation	17
Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit	21
Europa	26
Frieden und Internationales	32
Gleichstellung Diversität, Feminismus und Gender	36
Kampf gegen rechts – Kein Fußbreit dem Faschismus	44
Migration, Integration, Asyl- und Geflüchtetenpolitik	47
Netzpolitik, Medien, Datenschutz und Digitales	54
Öffentliche Daseinsvorsorge, Kommunales, Mieten und Wohnen	57
Pflege, Gesundheit und Soziales	62
Rente, Generation und Familie	67
Verkehr und Infrastruktur	71
Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern	76
Inklusion	80

Vorwort

Unsere Zeit ist geprägt von Aufbrüchen und Umbrüchen. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine gefährdet den Frieden in Europa, kostet unschuldige Menschenleben und tritt internationale Abkommen mit Füßen. Slava Ukraini! Wir stehen unentwegt an der Seite der Ukraine und der Demokratie. Der menschengemachte Klimawandel droht das 1.5 Grad Ziel zu passieren. Es muss jetzt gehandelt werden, um unsere Zukunft zu sichern.. Insbesondere bei uns vor Ort im Rhein-Erft-Kreis stehen große Strukturwandelprojekte bevor, bei denen es gilt alle mitzunehmen und zu beteiligen. Wir stehen an der Seite der Beschäftigten. Unser Anspruch ist eine soziale, klimafreundliche Transformation der Wirtschaft vor Ort, um eine nachhaltige Entwicklung unserer Region zu gewährleisten, die gute tarifgebundene Arbeitsplätze erhält und neue schafft. Durch die Coronapandemie wurde plötzlich die Gesundheits- und Bildungspolitik im Fokus der Öffentlichkeit beleuchtet. Heute scheinen die Herausforderungen im Gesundheitssektor Schnee von gestern. Für uns Jusos Rhein-Erft sind und bleiben sie hochaktuell. Eine gerechtere Gesellschaft wird maßgeblich durch eine vernünftige, respektvolle und bedürfnisorientierte Gesundheitsversorgung, sowie durch gleiche Startchancen unserer Jüngsten im Bildungssystem beeinflusst und gesichert. Preise steigen, aber der Lohn bleibt gleich. Soziale Ungerechtigkeiten wachsen. Für uns bedeutet all das: Es ist Zeit, aller höchste Zeit – um Mehr Sozialdemokratie zu wagen!

Der Begriff "Zeitenwende" wurde zum Wort des Jahres 2022 gekürt. Wir wollen eine echte Zeitenwende einleiten, uns den Herausforderungen unserer Zeit stellen und den Blick nach vorne richten. Unsere Zukunft gestalten wir jetzt und hier mit dir! In diesem Programm haben wir die 16 Themenbereichen, die unsere Gesellschaft formen, zusammenhalten und zukunftsfit machen, diskutiert und beschlossen. Hierbei unterstützen wir ausdrücklich unseren Landes- und Bundesverband in allen Bestrebungen auf den höheren Ebenen. Vor Ort wollen wir unseren Teil zur Erreichung unserer Ziele beitragen. Hierbei richten sich alle unserer Forderungen auf Grundlage unseres Selbstverständnisses als Jusos aus:

Wir sind feministisch. Wir sind sozialistisch. Wir sind internationalistisch. Wir sind antirassistisch. Wir sind antifaschistisch.

Dieses Programm bezieht sich konkret auf den Rhein-Erft-Kreis. Ein starker Kreis, gute Bildung, neue attraktive Arbeitsplätze mit Tarifbindung, erneuerbare Energien, ein nachhaltiger Klima- und Umweltschutz, guter ÖPNV und eine starke Gesellschaft – das gehört alles dazu, um unseren Kreis sozial und nachhaltig zukunftsfit zu machen.

Denn es geht um:

Dich

Uns

Eine lebenswerte Zukunft bei uns vor Ort

Mehr Sozialdemokratie wagen ist unsere Devise, denn nur mit sozialem Kompass und Demokratie im Herzen können wir den Herausforderungen unserer Zeit gerecht werden. Aus Respekt zu dir.



Chancengerechtigkeit, Bildung und Jugendpolitik

bearbeitet von: Alina Moll, Marie Hembsch

1	Bildung braucht brillante
2	Bedingungen _[AS1]
3	Bildung ist die mächtigste Waffe, um die Welt zu verändern
4	– Nelson Mandela

<u>Grundsätzliche Positionierung der Jusos Rhein-Erft:</u>

7 Schon Nelson Mandela sagte: Bildung ist die mächtigste Waffe, um die Welt zu 8 verändern.

Deshalb ist einer unserer Grundsätze: Bildung ist für alle da! In der Schule werden Jugendliche und Kinder geformt und auf das spätere Leben vorberietet. Immer wieder müssen wir feststellen, dass unser bisheriges Schulsystem jedoch versagt. Gerade während der Pandemie der letzten 3 Jahre sind uns die Mängel sehr bewusst vor Augen geführt worden.

Im Landesweiten Schnitt liegt NRW in den meisten Punkten weit unten. Allen voran investieren wir zu wenig, Bildung gibt es aber nicht für Lau, daher fordern wir auf allen Ebenen mehr Investitionen in unsere Zukunft. Wir müssen an allen Stellen anfangen: bei der Frühkindlichen Erziehung, bei der Infrastruktur, an Grund-, & Weiterführenden Schulen, an Hochschulen, bei der beruflichen Bildung und vor allem bei der Digitalisierung.

Ein Thema, dass uns Jusos schon seit Jahren beschäftigt ist unser Bildungssystem. Wir sind uns bewusst, dass das System unsere Kinder und Jugendlichen an allen Ecken verfehlt. Wir brauchen ein Schulsystem, welches unsere Schüler*innen individuell fördert und ihnen gerecht wird. Dazu ist eine unserer Kernforderungen echte Inklusion in den Schulen, sodass wir echte Chancengerechtigkeit haben und alle Schüler*innen in einer Gemeinschaft lernen können. Echte Inklusion bedeutet, dass wir von normaler 'Integration' wegkommen müssen und alle Schüler*innen gemeinsam lernen und nicht nur gemeinsam an einem Ort lernen. Wir müssen in unsere Schulen nach einem echten Abbild unserer Gesellschaft aufbauen und dafür sorgen, dass niemand ausgegrenzt wird. Daher sind wir uns einig, dass wir

von einem 3-gliedrigen System, sowie von Förderschulen abweichen müssen und
 zu einem gemeinsamen System hinarbeiten müssen.

Des Weiteren sind wir uns bewusst, dass Schule nicht nur ein Ort des Lernens, sondern vor allem ein Ort der Entwicklung ist. Daher ist für uns Jusos besonders klar, dass wir die Schulzeit auch dementsprechend gestalten müssen. Eine demokratische Erziehung fordert auch eine demokratische Schule. Unsere Beteiligungsmöglichkeiten an den Schulen müssen dringend ausgebaut werden, alle Schüler*innen sollen die Möglichkeiten der Partizipation nutzen können. Dafür braucht es von der Politik vorgegebene Strukturen. Die SVen müssen gestärkt und mehr eingebunden werden, es braucht mehr Möglichkeiten der politischen (Weiter-) Bildung, mehr Angebote zum Thema Demokratie und Einbindung in den Unterricht. Unsere Schule der Zukunft ist nicht nur darauf fokussiert die Schüler*innen für eine Arbeitswelt vorzubereiten, sondern sie vor allem sozial und gesellschaftlich zu prägen. Schule ist ein Ort der Erziehung, der Entfaltung und (weiter-) Entwicklung.

Bezug auf den Rhein-Erft-Kreis

In Bezug auf den Rhein- Erft- Kreis haben wir drei Kernforderungen formuliert, die wir verfolgen möchten und werden. Der Bereich der Bildung, Jugendpolitik und Chancengerechtigkeit ist groß und sehr facettenreich, weswegen es sich als schwierig erwiesen hat, sich zu spezifizieren. Letzendlich ist jedoch eines klar: Wenn wir Fortschritt fordern, dann muss die Basis stimmen. Daher richten sich unsere Forderungen an die Schule, an den Ort, an dem Bildung vermittelt und Fortschritt erzielt werden soll. Die Verantwortlichkeit einer angenehmen Atmosphäre, in der Lehrer:innen lehren und Schüler:innen lernen können, liegt bei den Lehrenden ebenso wie bei den Schüler:innen. Ein positives Unterrichtsklima ist von immenser Bedeutung, da eine Atmosphäre, welche als angstfrei wahrgenommen wird, positive Auswirkungen auf die Lernerfolge von Schüler:innen zeigt.

Wir im Rhein- Erft- Kreis fordern kompetentes Lehrpersonal und eine umfangreiche Auswahl an Weiterbildung für Lehrer:innen

Lehrer:innen haben einen wichtigen und anstrengenden Job, welcher über die Zukunft von jungen Menschen entscheidet und diese prägt. Lehrer:innen müssen ihrer Verantwortung entsprechend ausgebildet werden: "Lehrpersonen stehen im Spannungsfeld, ein stetig anwachsendes Fachwissen zu vermitteln und dem weitgespannten Beziehungsnetz [...] gerecht zu werden. Die vielfältigen Herausforderungen, die sich dadurch ergeben, haben Auswirkungen auf Gesundheit und Wohlbefinden." (Vogel, Detlev; Frischknecht-Tobler, Ursula: Achtsamkeit in Schule und Bildung (E-Book): Tagesband. Bern: hep verlag, 2019,

S.35). Die Forderungen an die Lehrer:innen unserer Gesellschaft sind deutlich. Sie sollen die Schüler:innen lehren, damit diese Teil unserer "arbeitenden" Gesellschaft werden, doch wenn wenn es an kompetenten Lehrenden in einer Gesellschaft mangelt und diese ihrer Verantwortung aufgrund von fehlender und unzureichender Ausbildung, auch im Hinblick auf die Achtsamkeit des eigenen Wohlbefindens, mangelt, dann können dies auch die Schüler:innen nicht lernen, denn: "wie können Kinder und Jugendliche gesundheitsförderndes und selbstfürsorgliches Verhalten lernen, wenn nicht durch das Beobachten der Personen, die nach nach dem Elternhaus die größte Wirkung auf ihre Psyche haben: ihre Lehrpersonen." (Ebd. S.40). Bereits im Studium sollten angehende Lehrer:innen mit ihren zukünftigen Aufgaben und Herausforderungen vertraut gemacht werden. Die Kombination von Theorie und Praxis darf einem Studierenden des Lehramts nicht erst gegen Ende des Studiums begegnen. Je früher ein Studierender mit dem Alltag in der Schule in Verbindung tritt, desto sicherer würde dieser sich in seiner Tätigkeit fühlen und desto wohler würden sich Schüler:innen in deren Unterricht fühlen. Des Weiteren könnte dies zusätzlich positive Auswirkungen auf die Chancengleichheit haben, da Lehrende bereits im Studium wachsam werden, um Chancengleichheit voranzutreiben (z.B in Form von Seminaren).

67 68

69 70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

101

102

103

Wir fordern Sprechstunden für Schüler:innen, die mentale Unterstützung brauchen

Um den schulischen Alltag zu bewältigen ist es elementar ein gesundes Lernklima zu schaffen, um die psychische Gesunheit von Kindern und Jugendlichen nicht zu gefährden. Eine gesunde Beziehung zwischen Lehrer:innen und Schüler:innen, gegenseitiger Respekt und Konfliktbewältigungsstrategien dienen als Rahmen, um das Gefühl zu vermitteln, dass die Schule ein Ort ist, an dem nach Hilfe gefragt werden kann. Mentale Gewalt an Schulen, besonders in Form von Stress, ist jedoch Alltag. Die Auswirkungen für Betreffende können gravierend sein. Stress, den die Schüler:innen alltäglich durch den Schulalltag erleben, ist nicht direkt auf Eltern zurückzuführen, sondern auf die durchökonomisierte Gesellschaft, weswegen die Schaffung einer lernförderlichen Atmosphäre Grundvoraussetzung Bildungsprozesses ist (vgl.ebd. S.35). Wir fordern Sprechstunden für Schüler:innen, die Unterstützung brauchen. Sprechstunden, in denen Schüler:innen neben schulischen (Leistungsdruck, Mobbing etc.) und privaten (Schwierigkeiten in der Familie oder Freundeskreis, seelische Belastungen etc.) Problemen auch über Zielen, Träume und Wüschen (z.B. Wunsch sich politisch zu engagieren) sprechen können, falls sie geringe Unterstützung aus ihrem privaten Umfeld erfahren. Um solche Sprechstunden anbieten zu können, braucht es kompetentes und 104 sensibilisierendes Personal. Sozialarbeiter:innen und Pädagog:innen müssen in den 105 Schulalltag eingebunden werden. Wir fordern Notfallboxen für Schüler:innen in den Schulen 106 107 Schüler:innen verbringen einen großen Teil ihrer Zeit in der Schule, weswegen eine 108 Atmosphäre der Sicherheit geschaffen werden muss, insbesondere, wenn einmal 109 ein "Notfall" eintreten sollte, wie das Vergessen des Deodorants in der Sporttasche 110 für den Sportunterricht. Die Notfallbox ist eine Option den Schüler:innen das 111 Schamgefühl zu nehmen, Gemeinschaft zu schaffen und Sensibilisierung im 112 Hinblick auf Armut. Schüler:innen können sich in einer Notsituation bedienen. Eine 113 Notfallbox ist eine Erweiterung zu den kostenlosen Menstruationsartikeln, welche 114 ihren Platz auch in der Notfallbox finden können, doch es ist wichtig zu erwähnen, 115 dass die Box generell geschlechtsunspezifisch ist, um Gleichheit expliziert hervorzuheben und zu unterstreichen. 116 117 Was könnte in eine solche Notfallbox hinein? Hygienartikel für die Periode, 118 Deodorant, Taschentücher, Waschlappen/Feuchttücher, Haargummi, Ohropax, 119 Stressball, kleine Mineralwasserflaschen 120 Damit die Gegenstände in der Box nicht missbraucht werden, muss geklärt werden, 121 wo die Box aufbewahrt wird und wer direkten Zugriff hat, dies könnte individuell in 122 den Schulen besprochen werden. 123 Problematik: Wie sollen die Boxen finanziert werden? 124 aus dem Schuletat? (mögliche Erhöhung einfordern) 125 Förderverein, Spenden Eine demokratische Schule, ein demokratischer Kreis 126 127 Wir fordern, dass sich das 2021 beschlossene Regionale Bildungsbüro des Rhein-Erft-Kreises besonders mit der Stärkung unserer demokratischen Schulen 128 129 auseinandersetzt: 130 Finanzielle Unterstützung der Bezirksschüler*innenvertretung durch den Kreis 131 Vom regionalen Bildungsbüro organisierte Seminare zum Thema Sv-recht und SV-132 Stärkung 133 Kreisweite SV-Konferenzen Stärkung und Vernetzung der zur Schül*innenververtretungen 134

Schule als einen Entwicklungsort betrachten

135

140

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

136 Wir fordern auf, dass unser Lehrpersonal sich in Weiterbildungsmaßnahmen mit 137 den Themen: Mentale Gesundheit in der Schule, Queeres in der Schule, Sexismus 138 und sexualisierte Gewalt auseinandersetzten kann. Dazu sollen vom Kreis und von

139 den Städten Angebote explizit an alle Lehrer*innen weitergegeben werden.

Menstruationsspender an allen Schulen.

Die Diskussion um kostenlose Menstruationsartikel taucht auf den Ebenen der Städte immer wieder auf. Leider scheitert es oftmals in den jeweiligen Stadträten obwohl sich viele Schulen und Schüler*innen explizit FÜR Menstruationsspender aussprechen. Als Jusos Rhein-Erft nehmen wir wahr, dass die Stimmen der betroffenen oftmals überhört und gänzlich übergangen werden.

Daher fordern wir, dass grundsätzlich die Städte für kostenlose Periodenprodukte an den Schulen aufkommen müssen und an allen Schulen des Rhein-Erft-Kreises Periodenartikelspender installiert werden. Für den Übergang fordern wir, dass auf der Kreisebene eine Initiative gestartet wird, durch die auf Anfrage der jeweiligen Schulen vom Kreis sogenannten Periodenboxen aufgestellt werden, die mit benötigten Periodenartikeln ausgestattet sind. Diese können einfach von den jeweiligen Schulen bei der Kreisverwaltung beantragt und dann aufgebaut werden.

Menstruationsartikel gehören genauso zum täglichen Bedarf, wie Seife und Toilettenpapier, sie sind für menstruierende Menschen Alltag und dennoch wird das Thema gänzlich übersehen und ignoriert, das wollen wir nicht zulassen und setzten uns für eine finanzielle Unterstützung auf allen Ebenen ein.



Beschäftigung und gute Arbeit

bearbeitet von: Aaron Spielmanns

In sieben Jahren ist Schicht im Schacht - Was dann?

Grundsätzliche Positionierung der Jusos Rhein-Erft:

161 Der Rhein-Erft-Kreis steht vor einer großen Herausforderung: Dem Strukturwandel.

Die Schwarz-Grüne Landesregierung hat den Kohleausstieg 2030 beschlossen. Dies

führt dazu, dass ab 2030 im Revier Kohle weder gefördert, verstromt, noch veredelt

werden wird.

Der günstige Strom und die kohlenstoffbasierten Prozessstoffe aus der Veredelung haben über Jahrzehnte den Wirtschaftsstandort "Rheinisches Revier" geprägt. Die im und um den Rhein-Erft-Kreis liegenden Industrie- und Chemieparks wären ohne die Kohle nicht hier. Neben Steuereinnahmen und wirtschaftlichen Standorten sind so auch zahlreiche, gut bezahlte Arbeitsplätze in größeren, aber auch in kleinen und mittelständischen Unternehmen entstanden. Durch den Ausstieg aus der Kohle darf es zu keiner Deindustrialisierung kommen, aber auch in keinem Falle zu einem Verlust der über Jahrzehnte gebildeten Fachkräfte und den Fachwissen in den diversen Unternehmen im Rhein-Erft-Kreis (sog. "Brain-Drain"). Braindrain bedeutet in diesem Kontext, dass Fachkräfte, die wir jetzt haben, abwandern oder schlicht verschwinden, da keine Folgeindustrien- und Gewerbe angesiedelt werden, in welchen diese eingesetzt werden können.

Der Erhalt von guten Arbeitsplätzen im Rhein-Erft-Kreis hängt somit davon ab, ob wir es schaffen bestehende Unternehmen bei Transformationsprozessen zu unterstützen, neue Unternehmen und innovative Industriezweige anzusiedeln und Arbeitnehmer*innen dabei zu unterstützen, sich weiterzubilden, um die eigenen fachlichen Kompetenzen für neue Arbeitsbereiche weiterentwickeln zu können.

Bezug auf den Rhein-Erft-Kreis

183

204

205

206

207

208

209

210

211

182

- Wir stehen für städtische Investitionen in den Umbau der Energieversorgung. Wir fordern die Prüfung der Freiflächen in den einzelnen Städten für den Bau von weiteren Windkraftanlagen mit dem langfristigen Ziel: 200 neue Windkraftanlagen im Rhein-Erft-Kreis bis 2030 (netto)
- 189 Ab 2030 wird in NRW keine Braunkohle mehr verstromt oder veredelt werden. Der 190 günstige Strom aus der Braunkohle und die kohlenstoffbasierten Prozessstoffe aus 191 der Veredelung waren über Jahrzehnte der Standortfaktor des Rheinischen Reviers. 192 Dank dieses Standortfaktors gibt es im und um den Rhein-Erft-Kreis zahlreiche 193 Industrie- und Chemieparks. An der Bereitstellung von Energie hängen somit nicht 194 nur Wirtschaftsbetriebe, sondern zahlreiche Arbeitsplätze. Ein Windrad kann 195 durchschnittlich für 4.000 Haushalte den Jahresbedarf an elektrischem Strom 196 decken. Zur Versorgung der Bürger*innen des Rhein-Erft-Kreis benötigt es somit ca. 197 40 Windkraftanlagen. Die weiteren mindestens 160 Windkraftanlagen sollen der 198 Wirtschaft zugutekommen. Das Erfolgsmodell "Stadt und privater Partner" aus der 199 Stadt Bedburg zum Aufbau von Windparks unter kommunaler Beteiligung in 200 Kooperation mit einem Energieerzeugungsunternehmen muss auf alle Kommunen 201 im Rhein-Erft-Kreis ausgeweitet werden.

202 Wir fordern starke Investitionen in Speicher- und 203 Wasserstoffkapazitäten

Wir wollen, dass der Rhein-Erft-Kreis <u>der</u> Standort für innovative, nachhaltige und ressourcenschonende Unternehmen in Deutschland wird. Im Rahmen des Strukturwandels werden alte Industrien weichen, neue müssen folgen. Die Überschussenergie von erneuerbaren Energiequellen muss gespeichert oder zu Prozessstoffen wie Wasserstoff umgewandelt werden. Energiespeicherung, Energieerzeugung, oder moderne, klimaneutrale Erzeugungsmöglichkeiten von Wasserstoff sind essenziel, um neue Arbeitsplätze im Rhein-Erft-Kreis zu schaffen und bestehende in den Industrie- und Gewerbeparks zu schützen.

Wir fordern die Einrichtung von Innovationslaboren im Rhein-Erft-Kreis

212

213

214

215

216

217

218

219

220

221

222

223

224

225

226

227

228

229230

231

232

233

234

235

236

237

238

239

240

241

242

243

244

Wir wollen, dass der Rhein-Erft-Kreis Innovationen fördert und Innovationsnetzwerke im Rhein-Erft-Kreis etabliert und vorhandene stärkt. Ein Gutachten im Auftrag der Wirtschaftsförderung Rhein-Erft GmbH befürwortet daher das Einrichten von Innovationslaboren¹ Unternehmen sollen die Möglichkeit bekommen, im Rahmen von Innovationsworkshops konstruktive Impulse zu ihren Innovationspotenzialen und Chancen zu erhalten. Gemeinsam mit Innovationslotsen und Wissenstransferexperten, die mit den relevanten Technologiefeldern betraut worden sind, stellen die Forschungseinrichtungen in einem ersten Schritt ihr Portfolio vor. Die Unternehmen können dann von geeigneten Ideen oder bereits bestehenden Innovationsprozessen ihrerseits berichten. Ziel ist, spezifische Innovationsnetzwerke zu knüpfen, auf deren Basis in weiteren Schritten konkrete Innovationsaktivitäten aufsetzen können. Der Erhalt aut bezahlter Arbeitsplätze und qualifizierter Fachkräfte im Rhein-Erft-Kreis kann nur funktionieren, wenn wir Unternehmen bei Transformationsprozessen unterstützen.

Wir fordern die Einrichtung eines kreisweiten Gründerzentrums

Wir wollen, dass sich Unternehmen und Gründer in einem Gründerzentrum vernetzen und somit durch Austausch innovativer Ideen und Förderung neuer Unternehmen den Wirtschaftsstandort Rhein-Erft-Kreis stärken können. Beispielhaft dafür ist "St@rt Hürth", ein in Hürth angesiedeltes Gründerzentrum, das junge Unternehmen kostenlos durch Beratungsleistungen bei Fragen zu Fördermitteln, Wagniskapital, Unternehmensgründung, Entwicklung von Geschäftsmodellen und weiteren Themen unterstützt². Die Strahlkraft dieses Gründerzentrums begrenzt sich jedoch überwiegend auf Hürth. Wir fordern, dass alle Akteure im Rhein-Erft-Kreis die Einrichtung eines überregionalen Gründerzentrums anstreben, um Potenziale kreisweit fördern und heben zu können. Ein solches Zentrum braucht eine attraktive, infrastrukturelle Anbindung (Verkehr, Breitband, ausgelagerte Büroflächen), eine enge Verzahnung mit Forschungseinrichtungen und ein gut eingebettetes Unternehmensnetzwerk. Neben der Unterstützung vorhandener Unternehmen bei Transformationsprozessen müssen wir ebenso junge Unternehmen in der Gründung unterstützen, da insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen zum Arbeitsplatzangebot beitragen.

¹ http://www.wfg-rhein-erft.de/images/pdf/reload-studie-2030.pdf

² https://www.start-huerth.com/st-rt-h%C3%BCrth/was-macht-st-rt-h%C3%BCrth/

245 Wir fordern eine Evaluation der Kapazitäten der Berufskollegs des

246 Kreises

254

255

256

257

258

259

260

261

262

263

264

265

266267

268

269

270

271

272

273

274

275

247 Wir wollen, dass der Rhein-Erft-Kreis die Kapazitäten seiner Berufskollegs überprüft 248 und ortsbezogen nach Anlass ausbaut. Die stattfindenden und zu erwartenden 249 Transformationsprozesse erzeugen erheblichen (Weiter-)Bildungsbedarf, um 250 sichern. Daher sind stetige Beschäftigung zu eine Überprüfung 251 Weiterentwicklung der Berufskollegs im Rhein-Erft-Kreis unverzichtbar, 252 gewährleisten zu können, dass junge Menschen sowohl berufliche Qualifikationen, 253 aber auch zeitgleich schulische Abschlüsse erwerben können.

Mini-Jobbörse Rhein-Erft-Kreis Edition

Viele Menschen sind immer wieder auf der Suche nach einem Minijob. Ein Minijob ist eine geringfügige Beschäftigung mit höchstens 520 Euro monatlichem Arbeitsentgelt oder einem Arbeitseinsatz von maximal 70 Tagen pro Kalenderjahr (Begriffserklärung Minijob – Bundesagentur für Arbeit). Als Jusos stehen wir grundsätzlich geringfügigen Beschäftigungen kritisch gegenüber. Menschen sollen für ihre Arbeit entsprechend wertgeschätzt entlohnt werden. Leider ist es dennoch aktuell ein Fakt, dass viele Menschen sich durch Minijobs etwas dazuverdienen, um sich das Leben leisten zu können. Insbesondere für Jugendliche, Studierende und Auszubildende sind Minijobs hoch gefragt. Wir fordern den Rhein-Erft-Kreis auf eine Mini-Jobbörse für den Rhein-Erft-Kreis zu erstellen, auf den Unternehmen und Einzelpersonen ihre Jobangebote hochladen können. Es gilt seitens des Kreises zu prüfen, dass es sich bei den Jobangeboten um seriöse und unproblematische Beschäftigungsangebote handelt, die keine Ausbeutung durch geringfügige Beschäftigung fördern. Hier sollen entsprechend Gastronomien nach Keller*innen suchen können, wie auch der*die 70-jährige Renter*in nach einer Haushaltshilfe oder jemandem, der im Garten helfen kommen mag. Für Jugendliche und junge Erwachsene, wie auch für Menschen, die sich etwas dazuverdienen wollen entsteht eine attraktive und sichere Plattform, auf welcher sie fündig werden können nach Angeboten für die sie qualifiziert sind und Interesse haben. Die Mini-Jobbörse soll Filteroptionen in Bezug auf die Art des Beschäftigungsangebotes und die Stadt in der die Beschäftigung verübt werden soll, ermöglichen.



Demokratie & Partizipation

bearbeitet von: Sohaib Bensaid & Ida Görlitz

"Besser früh als nie"

277

278

279

280

281

282

283

284

285

286

287

288

289

290

291

292

293

294

295

296

297

298

299

300

301

302

303

276

Grundsätzliche Positionierung der Jusos Rhein-Erft:

"Unsere Demokratie muss eine wachsame, eine kämpferische und eine stets erneuernde Demokratie sein." – Willy Brandt

Demokratie muss ständig und stetig gelebt und vor allem beschützt werden. Damit unsere Demokratie stark und wehrhaft bleibt braucht es die Partizipation der Bevölkerung. In den letzten Jahren ist unsere Partizipation stetig gesunken. Besonders klar wird dies an der Wahlbeteiligung der Landtagswahl in NRW von 2022 im Vergleich zu 2017. So sind 2017 noch 65,5% der Menschen wählen gegangen³. Leider sinkt auch die Beteiligung der jungen Menschen unter 35. Die Generationen haben immer mehr Berührungspunkte mit der Politik, daher muss man sie direkt im jugendlichen Alter an Demokratie heranführen. Jugendpartizipation ist hier das Mittel der Wahl, doch leider wird diese auf vielen kommunalen Ebenen immer wieder von den Stadträten verhindert. Es braucht Antirassismusbeauftragte in Schüler*innenschaft und Lehrendenschaft, die bei Awareness-Fällen angesprochen werden können und entsprechende Schritte einleiten können. Für diese Personen muss es regelmäßige Schulungen geben. Außerdem sind sie in der Verantwortung einen antirassistischen Austausch zu schaffen, der pro Schulhalbjahr die Situation an der Schule evaluiert und gemeinsam neue Schritte hin zu Toleranz und Gemeinschaft mit konkreten Maßnahmen und Aktionen organisiert. Das muss sich ändern, ohne eine politisch partizipative Jugend kann unsere Demokratie nicht nachhaltig bestehen.

Eine weitere Bedrohung unserer Demokratie ist der in den letzten Jahren immer präsentere Rechtsruck und die stetig präsente Diskriminierung verschiedenster Gruppen. Hier muss unsere Demokratie wehrhaft sein. Aufklärung ist in dem Zusammenhang sehr wichtig. Besonders Projekte und pädagogische Konzepte für Schulen müssen weiter umgesetzt werden.

_

³ NRW-Landtagswahl 2022: Rückläufige Wahlbeteiligung | Landesbetrieb IT.NRW

Bezug auf den Rhein-Erft-Kreis

305

307

304

306 Wir fordern, dass sich alle Schulen des Kreises am Projekt der

Courage-Schulen beteiligen

- Demokratie ist ein wertvolles Gut. Wir müssen alles dafür tun dieses zu bewahren und vor jeglichem Extremismus zu beschützen. Alle Feinde der Demokratie sind auch unsere Feinde. Bildung findet größtenteils an Schulen statt. Deshalb sehen wir
 - 311 die Verantwortung für demokratische Bildung an Schulen.
- Wir wollen, dass sich alle Schulen im Kreis für Projekte unter dem Namen "Schule ohne Rassismus Schule mit Courage" engagieren. Im Rahmen dieser Initiative setzen sich Kinder und Jugendliche gegen jede Form von Diskriminierung, Mobbing und Gewalt ein. An vielen Schulen findet bereits politisch Bildung statt, diese muss ausgebaut und oder der Angeboten werden. Der Rund bietet im Rahmen der
- 316 ausgebaut und oder gar Angeboten werden. Der Bund bietet im Rahmen der 317 Bundesprogramme "Demokratie leben!" und "Zusammenhalt durch Teilhabe"
- 318 Unterstützung an. Diese Angebote sollen in unserem Kreis wahrgenommen werden,
- 319 um Projekte zur Prävention von jeglichem Extremismus und zur Förderung der
- 320 Demokratie zu organisieren. Besonders wichtig ist uns im Zusammenhang aber,
- 321 dass das Projekt nicht, wie bei vielen Schulen, mit der Plakette an der Wand endet.
- 322 Die Idee dieses Projektes ist es, dass Courage und Aufklärung gelebt wird. Dazu
- 323 reicht nicht ein Projekttag im Jahr, sondern eine nachhaltige Änderung des
- 324 Schulalltages.

325

Wir fordern ,Partizipation Leben'

- 326 2022 hat der Kreistag die Einrichtung eines regionalen Bildungsbüros zugestimmt.
- 327 Im Zuge der Einrichtung unseres RBbs fordern wir, dass sich das regionale
- 328 Bildungsbüro auch mit Partizipationsmöglichkeiten der Kommunen und des Kreises
- 329 auseinandersetzt. Insbesondere Jugend Partizipation muss ausgebaut werden,
- 330 wenn Jugend nachhaltig an Politik und an Demokratie herangeführt werden soll.
- 331 Dazu gehört die Stärkung von SV-strukturen, Einrichtung von Jugendbreiräten oder
- 332 Jugendräten in den Kommunen und Veranstaltungen, um die Barrieren zwischen
- 333 der Politik und Jugendlichen herunterzubrechen.
- 334 Speziell fordern wir die Einrichtung eines 'Tag der Politik' im Kreishaus. Dabei werden
- 335 alle Schüler*innen der Klassen 10, 11 und 12 der Schulen (während der Schulzeit) im
- 336 Rhein-Erft-Kreis nach Bergheim ins Kreishaus eingeladen. Vorgestellt werden die
- 337 Arbeitsweise der Politik auf Kreisebene, sowie beim "Markt der Möglichkeiten"
- 338 verschiedene Partizipationsmöglichkeiten. Auch die Parteien (des Kreistags) finden

339 sich mit Ständen wieder, sie können so ihre politischen Standpunkte an die 340 Jugendlichen herantragen.

Wir fordern die Einrichtung eines Rings politischer Jugend auf

342 Kreisebene

341

343

344

345

346

347

348

349

350

351

352

353

354

355

356

357

358

Aus vielen Städten und Kreisen kennt man den Ring politischer Jugend schon. Im Rhein-Erft-Kreis gibt es bisher keinen. Nur auf Städtischer Ebene, wie in Pulheim wird ein ähnliches Konzept bereits umgesetzt. Ein Ring parteiische Jugend hat zum Ziel Jugendliche an Politik heranzuführen und gemeinsam ein Netzwerk aufzubauen, welches sich mit politischer Bildung auseinandersetzt. Gemeinsam Veranstaltungen organisieren und Möglichkeiten der Aufklärung bieten sind zentrale Aspekte der Arbeit eines RPJs. Ziel muss es sein, dass alle politischen existierenden Jugendorganisationen mit demokratischen Fundament gemeinsam Jugendlichen und jungen Erwachsenen das Angebot unterbreiten in Form eines RPJs Politik niedrigschwellig kennenzulernen. Nur unter diesen Bedingungen wollen und werden wir Jusos Rhein-Erft ein Teil eines Rings politischer Jugend sein."

Wir sind der Auffassung, dass wir besonders überparteilsch Jugendliche an Politik heranführen können. Oftmals bestehen Berührungsängste sich direkt auf eine Partei festlegen zu müssen, um zu partizipieren. Eine überparteilsche gruppe, die sich ursprünglich aus den parteilschen Jugendorganisationen formt könnte hier Hemmschwellen herunterbrechen.



Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit

bearbeitet von: Ida Görlitz, Felix Ley, Florian Röbel, Aaron Spielmanns

Der Kampf gegen den Klimawandel beginnt vor unserer Haustür

362

363

364 365

366

367

368

369

370

371

372

373

374

375

376

377

378

379

380

381

382

383

384

385

386

387

361

359

360

Grundsätzliche Positionierung der Jusos Rhein-Erft:

Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit sind ein groß gefasster Themenbereich mit fließenden Grenzen. Es ist ein System, mit zahlreichen Zusammenhängen und inhaltlichen Schnittstellen. Die Erzeugung von elektrischem Strom kann man beispielsweise nicht ohne den Aspekt der Nachhaltigkeit betrachten, da davon unmittelbar der Umweltbereich beeinträchtigt werden kann. Daher ist es elementar wichtig, ganzheitliche Lösungen und Konzepte zu finden, die nicht in eine, sondern mehrere Richtungen denken.

Alltäglich stellen wir die Folgen des menschengemachten Klimawandels in unserem unmittelbaren Umfeld fest: extreme Wettergeschehnisse nehmen in Häufigkeit und Intensität zu, die Winter werden milder, die Sommer trockener und die Böden durch die industrielle Landwirtschaft unfruchtbar. Wir konnten die Auswirkungen des menschgemachten Klimawandels in Deutschland unmittelbar während der Flutkatastrophe 2021 erfahren. Häuser die weg- und Menschen die aus den Leben gerissen wurden. Aber auch die immer weiterwachsende Menschheit und immer weiter schwindende Ressourcen wie Nahrung, Trinkwasser und Ackerland, verstärken die Gefahr, in Zukunft nicht mehr den Grundbedürfnissen der Menschen nachkommen zu können. Laut einem UN-Report aus dem Jahr 2020 leiden weltweit bereits 690 Millionen Menschen an Hunger⁴. Diese Krisen sind uns selbst zur Last zu legen. Unserer Art zu wirtschaften, unserer Art Energie zu gewinnen, unserer Art zu leben. Als Jungsozialist*innen sind wir uns dessen schon seit Jahren bewusst, was in vielen Beschlüssen der letzten Jahre der Landes- und erkennbar ist. Diese Beschlüsse Bundesebenen geben viele Lösungsvorschläge für die Bundes- oder Landesebene, jedoch leider wenige für die kommunale Ebene.

-

⁴ https://www.unicef.de/informieren/aktuelles/presse/-/un-report-nahrungssicherheithunger/277694 (Stand 07.01.2023)

Wir möchten Lösungsansätze erarbeiten, die unmittelbar in der kommunalen Ebene umgesetzt werden können. Es benötigt Konzepte und innovative Lösungen die wir vor Ort mit den Mitteln der Kommunen in kurzer Zeit umsetzen können. Wir stehen für eine soziale, ökologische und ökonomisch gerechte Zukunft und den konsequenten Schutz unserer Lebensgrundlagen, beginnend in unserer unmittelbarsten Handlungsspähre: Dem Rhein-Erft-Kreis. Denn der Kampf gegen den Klimawandel beginnt vor unserer Haustür.

Bezug auf den Rhein-Erft-Kreis

Wir fordern eine kommunale Mindestbeteiligungen von 49 % an allen neuen Anlagen zur Erzeugung und/oder Speicherung erneuerbarer Energie

Die Energiegewinnung und Speicherung müssen dezentralisiert und in die Hände der Bürger*innen gelegt werden. Wir sind davon überzeugt, dass die Akzeptanz von bspw. Windrädern in der Bevölkerung geschaffen werden kann, wenn die Bürger*innen unmittelbar davon profitieren können. Die Stadt Bedburg geht im Rhein-Erft-Kreis mit gutem Beispiel voran. Dort ist die Stadt durch eine Gesellschaft in städtischer Hand an allen Windanlagen auf Stadtgebiet mit 49 % beteiligt⁵. Daraus folgt, dass 49 % Prozent der Einnahmen, die durch die Windanlagen generiert werden, dem städtischen Haushalt, und somit den Bürger*innen, zugutekommen. Dieses Erfolgskonzept möchten wir auf alle Städte im Rhein-Erft-Kreis ausweiten.

Wir fordern eine Förderungsstrategie für grüne Technologie und entsprechende Industriezweige

Wir wollen, dass der Rhein-Erft-Kreis <u>der</u> Standort für innovative, nachhaltige und ressourcenschonende Unternehmen in Deutschland wird. Im Rahmen des Strukturwandels werden alte Industrien weichen, neue müssen folgen. Der Rhein-Erft-Kreis muss eine kreisumfassende Förderungsstrategie für Unternehmen, die sich mit innovativen Ideen für die Bekämpfung des Klimawandels beschäftigen, beispielsweise in den Bereichen Energiespeicherung, Energieerzeugung oder moderne Re- oder Upcyclingstechniken, erarbeiten.

⁵ <u>https://www.bedburg.de/Aktuelles/Stadt-Bedburg-und-RWE-errichten-weiteren-Windpark.html</u>? (07.01.2023)

Wir fordern eine Struktur im Rhein-Erft-Kreis, um regional erzeugte

420 Lebensmittel zu fördern

Klimafreundlich einzukaufen darf nicht am Geldbeutel scheitern. In deutschen 421 422 Supermärkten gehört es zum Alltag, Kartoffeln aus Ägypten, Tomaten aus den 423 Niederlanden und Äpfel aus Marokko in den Ladenregalen vorzufinden. Dabei gibt 424 es reichlich Kartoffel- und Apfelbauern in der Region und sogar innovative Ansätze, 425 um beispielsweise mit der Abwärme von Industrieanlagen Gewächshäuser lokal zu 426 betreiben. Eine Förderung lokal erzeugter Agrarprodukte und Lebensmittel würde zu 427 CO₂ Einsparungen in der Produktion, aber auch der Lieferkette der Agrarprodukte 428 und Lebensmittel führen. Außerdem können die Kund*innen hierdurch besser 429 nachvollziehen, woher die Produkte stammen und wie sie erzeugt worden sind.

430 Wir fordern einen stärkeren Schutz von bestehenden und das

Aufbauen neuer Wildflächen im Rhein-Erft-Kreis

432 Wildflächen sind ein effektiver Schutz der lokalen Fauna, insbesondere kleinerer 433 Amphibien und Insekten. Wir wollen gegen das Insektensterben handeln. Unter 434 Wildfläche versteht man allgemein ehemals forst- und landwirtschaftlich genutzte 435 Bereiche oder regionale Grünzüge, die Raum für Natur, unbeeinflusst durch den 436 Menschen, schaffen sollen. Durch das Einrichten von Wildflächen bieten wir Leben 437 Schutzräume, wo es sich frei von Monokultur und menschlichem Einfluss entfalten 438 kann. Gleichzeitig bieten Wildflächen Naherholungsgebiete für den Menschen und 439 sensibilisieren für den Naturschutz.

Wir fordern Bienenfutterautomaten in allen Städten des Rhein-

441 Erft-Kreises

431

440

442

443

444

445

446

447

448

449

450

Unter Bienenfutterautomaten versteht man Automaten, die für ein kleines Entgelt Samenkapseln ausgeben, mit denen man unkompliziert Wildblumenwiesen aussähen kann. Das Schwinden wilder Blumenflächen durch die Forst- und Landwirtschaft erschwert es Bienenvölkern zu überleben. Nicht nur schwindet ihr natürlicher Lebensraum, sondern auch die Lebensgrundlage. Bienen stellen durch die Bestäubung einen wichtigen Bestandteil unserer Nahrungskette dar, den es dringend zu schützen gilt. Das Bienensterben geht uns alle an. Daher ist es notwendig, vor Ort die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um Wildbienen, Hummeln und weitere Bienenarten zu schützen.

Wir fordern Bienenfutterautomaten in allen Städten des Rhein-

452 Erft-Kreises

470

478

453 Unter Bienenfutterautomaten versteht man Automaten, die für ein kleines Entgelt 454 Samenkapseln ausgeben, mit denen man unkompliziert Wildblumenwiesen 455 aussähen kann. Das Schwinden wilder Blumenflächen durch die Forst- und 456 Landwirtschaft erschwert es Bienenvölkern zu überleben. Nicht nur schwindet ihr 457 natürlicher Lebensraum, sondern auch die Lebensgrundlage. Bienen stellen durch 458 die Bestäubung einen wichtigen Bestandteil unserer Nahrungskette dar, den es 459 dringend zu schützen gilt. Das Bienensterben geht uns alle an. Daher ist es 460 notwendig, vor Ort die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um Wildbienen, 461 Hummeln und weitere Bienenarten zu schützen.

462 Wir fordern eine verstärkte Überwachung der Einhaltung der

463 Gülle-/Düngeverordnung

464 Um eine Nitritübersättigung der Böden und des Grundwassers zu verhindern, ist es 465 essenziell, dass die Gülleverordnung eingehalten wird. Dies benötigt 466 Aufsichtsbehörden, die personell so ausgestattet sind, dass sie dieser Aufgabe 467 umfänglich nachkommen können. Daher fordern wir eine stärkere personelle 468 Aufstellung der zuständigen Behörde, um die Überwachung der Einhaltung der 469 Gülle-/Düngeverordnung zu verstärken.

Wir fordern Entsiegelung statt Ausgleichfläche

471 meist mit öffentlichen Ausgleichflächen sind Mitteln angekaufte zu 472 Naturschutzzwecken gepachtete oder dinglich gesicherte Grundstücke. Wenn 473 durch den Bau von neuen Gebäuden, neuen Straßen oder Leitungen oder 474 Sonstigem ein Stück unbebaute Natur, eine Wiese oder ein Acker verschwindet, 475 muss dieser Verlust an anderer Stelle ersetzt werden. Anstatt stets neue Flächen 476 ökologisch als Ausgleichsflächen aufzuwerten, fordern wir, dass bereits versiegelte 477 Flächen, wo möglich, entsiegelt werden.

Wir fordern die Unterstützung von nachhaltigen Initiativen

In einigen Städten des Rhein-Erft-Kreises gibt es bereits Reparaturcafes und Fahrradreparaturstationen. Wir begrüßen dies ausdrücklich und fordern die Kommunen dazu auf die Initiativen mit rechtlicher, finanzieller und ideeller Unterstützung zur Seite zu stehen. In Kommunen, in denen es Initiativen dieser Art noch nicht gibt, regen wir an Seitens der Stadt hierauf hinzuwirken.



Europa

bearbeitet von: Sam Fattahi und Nina Wolff

Unsere Zukunft, unser Europa

485

486

516

517

518

484

Grundsätzliche Positionierung der Jusos Rhein-Erft:

487 Am 24. Februar 2022 begann Russland einen brutalen Angriffskrieg gegen die 488 Ukraine. Ob Verbrechen in Butscha oder Kämpfe in Bakhmut, die erschütternden 489 Bilder erinnern mehr an Zeiten des vergangenen Jahrhunderts als die unserer 490 modernen und lebhaften Welt. Die Bedeutung einer transnationalen, friedlichen und 491 demokratischen Ordnung kann nicht schmerzhafter vor Augen geführt werden als 492 durch dunklen Kontrast 493 Wir kämpfen für unser Europa, welches so eng miteinander verbunden ist, dass 494 Krieg nicht nur unpraktisch, sondern undenkbar wird. Bei aller berechtigter 495 Unzufriedenheit und Kritik mit der herrschenden europäischen Konstruktion, wir Nationalismus. 496 erkennen die düstere Alternative des 497 Unsere Zukunft und unser Europa stehen zuallererst immer für den Frieden. Trotz der 498 Vorteile der Europäischen Gemeinschaft sind in den vergangenen Jahren 499 autoritäre, rassistische und demokratiefeindliche Bewegungen in vielen Staaten der 500 Europäischen Union erstarkt, die die schrittweise europäische Integration infrage 501 stellen und eine Rückkehr des Nationalen fordern. Hinter der Spaltung Europas 502 verbirgt sich eine wachsende Ungleichheit innerhalb der Mitgliedsstaaten. Wird die 503 Umverteilungswirkung von Sozialleistungen nicht berücksichtigt, erhöht sich die 504 Armutsgefährdungsquote, laut Zahlen der Bundeszentrale für politische Bildung, 505 EU-weit von 16,9 auf 25,0 Prozent. Die Europäische Gemeinschaft wurde ursprünglich 506 als Wirtschaftskonglomerat gegründet. Dem europäischen Haus fehlt bis heute ein 507 sozialer und ökologischer Grundstein. Im letzten Jahrzehnt blieb die Europäische 508 Union vor allem ein Versuchslabor für neoliberale Politik, die vielerorts die 509 Voraussetzungen für ein gutes, gelingendes Leben zerstört und damit den sozialen 510 in Kontinent Frieden unserem gefährdet 511 Der wachsenden sozialen Ungleichheit stellen wir unser soziales Europa entgegen. 512 Wir verabschieden uns von Austerität und Deregulierung. Unser Europa stärkt die 513 Rechte von Arbeitnehmer*Innen, bekämpft Lohndumping mit einem europäischen 514 Mindestlohn, unterstützt die betriebliche Mitbestimmung und investiert gemeinsam 515 in die Zukunft seiner Mitgliedsstaaten.

Die Jusos Rhein-Erft-Kreis setzten sich für die Weiterentwicklung der Europäischen

Union zu einer Sozial-ökologischen Union mit europaweiten Mindeststandards und

Sozialrechten ein. Unser Europa beginnt weder in Brüssel oder Straßburg, sondern

519 im Rhein-Erft-Kreis.

520 Die Freiheit der Europäischen Union und ihr Gefühl der Grenzenlosigkeit erlebt man hier, in dem die niederländische oder belgische Grenze wird. Die Industrie ebenso 521 522 wie die 470.000 Bürgerinnen und Bürger profitieren von einem vereinten Europa. So 523 hat die EU in der Vergangenheit bereits ganz unterschiedliche Projekte im Rhein-524 Erft-Kreis ermöglicht. Mehrere Schulen im Kreis haben die Zertifizierung als 525 "Europaschule" erworben. Deutschlands erster grüner Bahnhof in Horrem wurde mit 526 der Unterstützung durch EU-Gelder fertiggestellt. Um die Bedeutung und Vorteile 527 Europas den Menschen im Rhein-Erft-Kreis weiter zu verdeutlichen, fordern wir 528 weitere Initiativen.

Wir Jusos setzten uns für das aktive Ausleben der europäischen Idee im Rhein-Erft-Kreis ein. Die Verwirklichung unseres Europas und seiner Werte beginnt hier vor Ort. Wenn wir unsere Werte der Demokratie, des Recht und der Freiheit erhalten wollen, werden wir uns nach innen sowie nach außen weiterentwickeln. Winzige Einzelstaaten werden nicht in einer Welt von Supermächten bestehen. Ein föderal organisierter, souveräner und demokratischer europäischer Bundesstaat ist die beste Möglichkeit, uns in der neuen Weltordnung Gehör zu verschaffen. Die europäische Identität wird durch eine Aufwertung des 9. Mai Europatages zum gesetzlichen Feiertag gestärkt. Unser Europa achtet mehr auf die Stimme der Bevölkerung als der Konzerninteressen. Schätzungsweise 25.000 Lobbyisten mit einem Jahresbudget von 1,5 Milliarden Euro nehmen in Brüssel Einfluss auf die EU-Institutionen. Um Korruption und Wirtschaftsinteressen einen Riegel vorzuschieben, wollen wir ein verpflichtendes Lobbyregister. Sonst läuft die europäische Demokratie Gefahr, zur wirtschaftsdominierten Lobbykratie ausgehöhlt zu werden. Unser Europa besitzt ein direkt gewähltes Parlament mit Initiativrecht und vollständiger Exekutivkontrolle. Zur gemeinsamen Verteidigung verfügt es über eine parlamentarische europäische Armee. Um rechtsstaatliche Rückschritte zu verhindern, verfügt Bundestaat über der einen ausgeweiteten Sanktionsmechanismus.

548549

550

547

529

530

531

532

533

534

535

536

537

538

539

540

541

542

543

544

545 546

- Wir Jusos betrachten dies als die natürliche Weiterentwicklung der europäischen Integration.
- Bezug auf den Rhein-Erft-Kreis
- Der Rhein-Erft-Kreis ist ein Europakreis: Wir fordern den Rhein-Erft-
- 553 Kreis auf den 9. Mai zu einem regionalen Feiertag zu ernennen
- An diesem Feiertag soll der Kreis mit Veranstaltungen darstellen, welche Projekte und Aktionen vor Ort durch die EU möglich wurden, sowie die Werte der EU

556 thematisieren. Für Jugendliche und junge Erwachsene soll der Kreistag geöffnet 557 werden. Hier wird mit Europaabaeordneten gemeinsam ein Gesetzgebungsverfahren auf Europaebene nachgespielt, um junge Menschen an 558 das Institutionsgefüge der EU, die Entscheidungen der EU Ebene und Politik in der 559 560 Praxis heranzuführen. Der 9. Mai soll dazu dienen die europäische Identität des 561 Einzelnen durch Praxisbeispiele, die den Einfluss der EU auf die Region darstellen, zu 562 stärken.

Europa an Schulen:

563

564

565

566

567

568

569

570

571

572

573

574

575

576

577

578

579

580

581

582

583

584

585

586

587

588

589

590

591

592

Rahmen von zahlreichen Austauschprogrammen, Klassenfahrten und Auslandssemester haben zahlreiche SchülerInnen und Studierende einzigartige Erfahrungen und Bekanntschaften gemacht. Zu häufig beschränken sich die Programme auf West-Europa und ignorieren dabei die Hälfte des Kontinentes. Dadurch wird kein vollständiges Bild von Europa wiedergegeben und die Spaltung in einen Ost und West-Europa verstärkt. Austauschprogramme sollen ebenfalls in Warschau oder Prag möglich sein nicht nur nach Rom oder London. Insbesondere seit dem Austritt Großbritannien bietet sich eine Fahrt in andere Teilen Europas an. Europa muss den SchülerInnen klarer vermittelt werden. Dazu bietet sich auch außerhalb unserer Europaschulen immer der Europatag an. Seit 2007 gibt es zusätzlich den EU-Projekttag ein Treffen zwischen Jugendlichen und Europa. Eine hervorragende Gelegenheit Schülerinnen und Schülern die EU näherzubringen. Umfragen bei früheren EU-Projekttagen haben ergeben, dass das Interesse junger Menschen mit den Veranstaltungen stark steigt. Außerdem wächst ihr Wissen über die EU deutlich. 2023 ist der EU-Projekttag am 23. Mai. Der Schulbesuch muss nicht an diesem Tag, sondern kann auch in zeitlicher Nähe zu diesem Datum stattfinden. Organisiert wird der EU-Projekttag gemeinsam vom Bund und den Ländern. In jedem Bundesland gibt es einen Ansprechpartner für den EU-Projekttag. Die Entscheidung über den Schulbesuch treffen die Schulen. Der Rhein-Erft-Kreis sollte sich dafür einsetzten dieses erfolgreiche Projekt den Schulen im bekannter zu machen.

Europa fängt in der Gemeinde an:

Die Kommunalpolitik konzentriert sich aufs kleine, da kann es schwer sein den Zusammenhang mit dem großen Europa zu verstehen. Das Projekt "Europa fängt in Gemeinde an" schafft ein europäisches Netzwerk aus gewählten LokalpolitikerInnen, die EU-Themen in einer innovativen Partnerschaft zwischen europäischer lokaler Regierungsebene vermitteln. ein*e und Sobald KommunalpolitikerIn Mitglied des debattieren die Netzwerks sind, Gemeinderatsmitglieder mit den BürgerInnen ihres Wahlkreises und/oder Lokalmedien über allgemeine politische Initiativen und Maßnahmen der EU. Mit der Teilnahme am Netzwerk sind keine direkten Kosten verbunden. Für viele ist die EU und ihre Städte Brüssel und Straßburg weit entfernt. Mit diesem Projekt wird die Distanz zwischen den BürgerInnen und dem entfernten Europa gekürzt.

Einstellung eines Europa-Beauftragten:

Eine hohe Europafähigkeit ist das Ziel der Europaarbeit und diese muss bei der Kommunalverwaltung weiter gestärkt werden. Die kommunale Ebene darf sich nicht nur als Empfänger von EU-Rechtsetzung und -Politik sehen, sondern muss diese auch aktiv mitgestalten Für Bürger, Unternehmen und Kommunen sind vor allem die zahlreichen Fördermöglichkeiten der EU interessant. Die Antragstellung folgt jedoch einer eigenen Logik und verwendet teilweise eigene Fachbegriffe, weshalb entsprechende Erfahrungen in diesem Bereich von Vorteil sind. Je nach organisatorischer Zuordnung, genauer Stellenbeschreibung und thematischer Schwerpunktsetzung ist die Europaarbeit sehr unterschiedlich ausgestaltet. Es gibt daher keine Muster-, sondern dem Zweck entsprechende Individuallösungen. Durch die enge Zusammenarbeit eines Europabeauftragten und der bereits bestehenden Wirtschaftsförderung im Rhein-Erft-Kreis, ergibt sich dementsprechend ein entsprechender Fokus auf Fördermittelakquise, ohne dabei andere Teilbereiche zu vernachlässigen. Gerade in Sachen Vernetzung und Europafähigkeit der Verwaltung können so deutliche Fortschritte erzielt werden. Als persönlicher Ansprechpartner für Europafragen könnte den BürgerInnen, Unternehmen und Verwaltungen kostenfrei der Europabeauftragte zur Verfügung stehen.

- 615 Das Angebot sollte folgende Punkte umfassen:
 - Zentrale Informations- und Anlaufstelle zu europäischen Themen
 - Information und Beratung zu Förderprogrammen
 - Initiierung, Begleitung und Koordinierung konkreter F\u00f6rderprojekte
 - Vernetzung mit anderen Europaakteuren und Europabeauftragen
 - Kontaktvermittlung zu geeigneten Ansprechpartnern
- Öffentlichkeitsarbeit und Organisation von Veranstaltungen zu europäischen Themen

623 Quellen:

597

598

599

600

601

602

603

604 605

606

607

608

609

610

611

612 613

614

616

617

618

619 620

https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/europa/70619/armut/

https://www.lobbycontrol.de/lobbyismus-in-der-eu/

https://www.ingenieur.de/technik/fachbereiche/verkehr/deutschlands-erstergruener-bahnhof-in-horrem-eroeffnet/ https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/archiv/alt-inhalte/eu-projekttag-infos-lehrer-1677060

https://www.bahn.de/angebot/international/global-pass

https://building-europe-with-local-councillors.europa.eu/index_de#:~:text=Das%20Projekt%20%E2%80%9EEuropa%20f%C3%A4ngt%20in,europ%C3%A4ischer%20und%20lokaler%20Regierungsebene%20vermitteln.

https://jusos.de/wp-content/uploads/2021/06/E1-Unser-Europa-Jugendkampagne-zur-Europawahl-2019.pdf

https://www.bpb.de/themen/soziale-lage/rentenpolitik/292986/die-eu-wirtschaftsunion-aber-keine-sozialunion/

https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ILC_MDES04__custom_70943/bookmark/table?lang=de&bookmarkId=8e195f40-5d4b-40db-9a11-49a57cef26f5

https://www.fes.de/politik-fuer-europa/detailseite-wirtschafts-und-sozialpolitik-in-europa/armut-und-ungleichheit-europas-unterschaetzte-gefahr#:~:text=Zun%C3%A4chst%20herrschte%20seit%202009%20eine,der%20EU%20von%20Armut%20bedroht.

https://de.statista.com/statistik/daten/studie/188766/umfrage/bruttoinlandsprodukt-bip-pro-kopf-in-den-eu-laendern/



Frieden und Internationales

652

653

bearbeitet von: Adrien Hövel und Roman Henßgen

624	"Zwischen Diplomatie und
625	Abschreckung"
626	
627	Grundsätzliche Positionierung der Jusos Rhein-Erft:
628	Im Grundsatz muss die völkerrechtliche Souveränität gelten und verteidigt werden.
629	Gerade die Invasion Russlands in die Ukraine und die ständige Bedrohung der
630	taiwanesischen Insel zeigen, die Fragilität dieses Prinzips. Diese veränderte
631	geopolitische Lage führt zu einem Umdenken in der internationalen
632	Sicherheitspolitik. Auch militärische Abschreckung ist ein probates Mittel, denn das
633	Recht sollte dem Unrecht nicht weichen. Daher ist es erforderlich uns mit unseren
634	internationalen Wertepartner*innen besser abzustimmen und unser Engagement
635	in internationalen Sicherheitskooperationen zu intensivieren. Zentral ist auch
636	Gleichzeitig muss klar bleiben, dass wir als JUSOS in unserer Haltung pazifistisch
637	bleiben und militärische Mittel als ultima ratio ansehen. Ziel unserer
638	außenpolitischen Handlungen ist in erster Linie die Schaffung einer internationalen
639	Gemeinschaft, welche sich für eine klimagerechte, soziale friedliche Welt einsetzt, in
640	der alle Staaten gleichberechtigt sind.
641	Quellen: JUSOS Grundlagenhandbuch, Beschlüsse der Bund-Jusos, Zeit Online
642	Bezug auf den Rhein-Erft-Kreis
643	In diesem Bereich könnt ihr nun drei konkrete Forderungen für den Rhein-Erft-Kreis
644	aufstellen, die wir verfolgen. Sicherlich werden euch noch einige weitere Punkte
645	einfallen, die ihr umsetzen wollen würdet. Wir bitten euch zu priorisieren. Bitte stellt
646	drei Kernforderungen auf. Gegebenenfalls kann man auch einige Forderungen
647	unter einer großen Forderung subsumieren.
648	Wirtschaftspolitik sicherheitspolitisch denken
649	Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass wirtschaftspolitische Projekte aus dem
650	Ausland (insb. China/Russland) häufig strategisch genutzt werden. Gerade auf
651	lokaler Ebene können der Wegfall von Arbeitsplätzen die Bevölkerung und Region

stark treffen und zu sozialen Verwerfungen führt. Deshalb sind Projekte,

insbesondere solche die die kritische Infrastruktur betreffen, mit ausländischer

- 654 Beteiligung im REK stets unter diesen Gesichtspunkten zu prüfen. (Quelle: Zeit Online,
- 655 Beschlüsse der Bund-Jusos)

656 Solidarität zeigen

663

671

684

- Die vergangenen Demos haben gezeigt, wie wichtig die Kundgabe von Solidarität
- 658 ist und dass diese auch im Ausland wahrgenommen wird. Als JUSOS REK müssen
- 659 wir uns dafür einsetzten, dass am Jahrestag des Einmarschs Russlands in die
- 660 Ukraine eine überparteiliche Demo organisiert wird. Somit haben wir neben der
- 661 Ukraine auch weitere Konflikte und kriegsähnliche Zuständige im Blick und zeigen
- 662 uns mit den Menschen solidarisch.

Internationales Austauschprogramm der Schulen

- 664 Auf Kreisebene sollen die Kapazitäten der Schulen für internationale
- Austauschprojekte organisiert und gebündelt werden. Gerade für junge Menschen
- 666 ist ein Austausch von Bedeutung, da interkultureller Austausch Verständnis und
- 667 Offenheit für andere Kulturen fördert und damit zukünftige Generationen die
- 668 Wichtigkeit internationaler Zusammenarbeit vermittelt werden kann. Die
- 669 Kooperationen der Schulen untereinander im Kreis kann das dazu beitragen, das
- 670 Angebot zu erhöhen und allen SchülerInnen eine Teilnahme zu ermöglichen.

Freundschaften schließen – international denken

- 672 Jede Kommune im Rhein-Erft-Kreis und der Kreis selbst soll anstreben
- 673 internationale Kontakte zu pflegen, Völkerverständigung und kulturellen Austausch
- 674 fördern und so Menschen miteinander verbinden. Konkret fordern wir dazu auf
- 675 Kreis- und Städtepartnerschaften mit Kreisen und Städten aus Regionen mit
- 676 anderen kulturellen Hintergründen zu schließen. Es sollen regelmäßige
- 677 Austauschbesuche stattfinden, sowie gemeinsame Projekte forciert und umgesetzt
- 678 werden. Der Blick über den eigenen Tellerrand hinaus kann einem oft die Augen
- 679 öffnen. So ist davon auszugehen, dass andere Regionen in der Welt vor ähnlichen
- 680 Herausforderungen stehen, wie dem Klimawandel, dem damit einhergehenden
- 681 Strukturwandel, Demokratieschwächung etc. Gemeinsam schafft man mehr und
- 682 kommt zu neuen Ansätzen und Perspektiven. Deswegen sagen wir: Freundschaften
- 683 schließen und internationales Denken fördern!

Slava Ukraini! Wir geben uns die Hand

- 685 Seit dem 24. Februar 2022 hat sich unsere Realität in Europa gewandelt. Noch nie
- 686 waren wir dem Krieg so nahe. In der Ukraine kämpfen die Menschen für ihre
- Demokratie gegen den russischen Aggressor, der internationale Abkommen mit

Füßen tritt. Wir stehen an der Seite unserer Freunde in der Ukraine. Wir fordern alle Kommunen dazu auf Solidaritätspartnerschaften mit ukrainischen Städten zu schließen und dass die Kommunen und der Kreis auch die zivilen Hilfsorganisationen und -Maßnahmen die sich gebildet haben, unterstützen. Diese brauchen unsere Unterstützung in jeglicher Form: sei es Geflüchtete aufzunehmen oder humanitäre Hilfstransporte in die Ukraine zu senden. Der direkte Austausch und der direkte Draht in die ukrainischen Kommunen ist notwendig. Volle Solidarität jetzt!

Wir sind eine Welt – globalen Krisen gemeinsam begegnen

Die United Nations haben 2015 die Agenda 2030 verabschiedet. In dieser finden sich 17 globale Zielsetzungen, die zu einer menschenwürdigen, nachhaltigen und sozialen Zukunft verpflichten. Auch die Kommunen und Kreise müssen ihren Teil leisten, um die Sustainable Development Goals zu erreichen. Die 17 Nachhaltigkeitsziele der UN umfassen Kampf gegen Armut, Hunger beenden, Gesundes Leben, Hochwertige Bildung, Geschlechtergleichheit, Sauberes Wasser, Saubere Energie, Arbeit- und Wirtschaftswachstum., Ausbau der Infrastruktur, Ungleichheiten reduzieren, Nachhaltige Städte, Nachhaltiger Konsum, Klimaschutz, Leben unter Wasser, Leben an Land, Frieden Gerechtigkeit und starke Institutionen, Partnerschaften und Ziele Nachhaltiger Entwicklung. Wir fordern die Kommunen und den Rhein-Erft-Kreis dazu auf die Agenda 2030 ernst zu nehmen und strikt zu befolgen. Bei jeder Entscheidung, die getroffen wird, muss berücksichtigt werden, ob diese den Zielen der 17 Nachhaltigkeitsziele entsprechen. Sollte eine Entscheidung zuwiderlaufen, ist sie nicht rechtmäßig und gilt neu gedacht zu werden.

Nur mit Fair, wird es fair!

Wir fordern die Kommunen, die noch keine fairen Städte sind, auf, Faire Städte zu werden. Gemeinsam sollen alle 10 Kommunen für den Fairen Handel stehen und diesen leben. So sollen bei Anschaffungen der Kommune der Aspekt der Nachhaltigkeit und sozialen Anschaffung mitgedacht werden. Die Kommunen sollen mit Akteuren vor Ort, sowohl Unternehmen, Initiativen, als auch Bürger*innen daran arbeiten, dass der Faire Handel in der Stadt gelebt wird und ankommt. Faire Kitas und Faire Schulen gilt es zu fördern.



Gleichstellung Diversität, Feminismus und Gender

bearbeitet von: Larissa Hensen, Paula Krasemann

"The future is feminist, equal and diverse"

722

723

724

725

726

727

728

729

730

731

732

733

734

735

736

737

738

739

740

741

721

720

Grundsätzliche Positionierung der Jusos Rhein-Erft:

In Bezug auf eine gerechte Arbeitswelt, fordern wir ein Recht auf gleiche Bezahlung, sowie eine Quote von 50% Frauen in den Führungspositionen für Unternehmen⁶. Das heißt, dass Männer und Frauen auch tatsächlich gleich entlohnt werden müssen, gleiche bzw. gleichwertige Arbeit und die Vorstände nicht mehr männerdominiert sein dürfen. "Frauen haben im Jahr 2021 in Deutschland pro Stunde durchschnittlich 18 % weniger verdient als Männer." 7 . "Frauen mit vergleichbaren Qualifikationen, Tätigkeiten und Erwerbsbiografien wie Männer verdienten im Schnitt 6 % weniger pro Stunde als ihre männlichen Kollegen¹⁸ (Stand 2018). Der Gender Pay Gap ist eine fortbestehende Ungerechtigkeit, auf die weitere wirtschaftliche Nachteile wie beispielsweise folgen, Alterssicherrungsansprüche.9 Erschwert wird der Gender Pay Gap dadurch, dass Frauen den Großteil unbezahlter Care-Arbeit leisten (durchschnittlich täglich 25% mehr als Männer¹⁰), welche die Unterschiede in Einkommen, Vermögen und Einfluss von Männern und Frauen verstärkt. Der Gender Care Gap von direkter Care-Arbeit (Kinderbetreuung, Unterstützung und Pflege von erwachsenen Haushaltsmitgliedern) beträgt 108% und bei unterstützender Care-Arbeit (Tätigkeiten im Haushalt, Ehrenamt, Unterstützung für andere Haushalte) liegt der Wert bei 47,4%11.

https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/03/PD22_088_621.html [abgerufen am: 08.01.2023]

[abgerufen am: 08.01.2023]

⁶ vgl. jusos: https://jusos.de/themen/feminismus/ [abgerufen am: 08.01.2023]

⁷ destatis:

⁸ ebenda

⁹ bmfsj: https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/gender-care-gap/indikator-fuer-die-gleichstellung/gender-care-gap-ein-indikator-fuer-die-gleichstellung-137294

¹⁰ vgl. ebenda

¹¹ vgl. ebenda

Da Frauen mehr unbezahlte Arbeit leisten, arbeiten sie deutlich häufiger in Teilzeit als Männer. Diese hingegen haben dafür mehr Zeit bezahlt in Vollzeit zu arbeiten.¹²

In Führungspositionen waren Frauen 2021 nur zu 29,2% vertreten. ¹³ Um gleiche Teilhabe und Einfluss von Männern und Frauen zu ermöglichen, braucht es eine verbindliche Quote. Der öffentliche Dienst sollte dabei als Vorbild vorangehen. ¹⁴

Des Weiteren fordern wir, dass Menschen, die von Überschneidungen verschiedener Diskriminierungen betroffen sind, besonderen Schutz, Empowerment und Raum brauchen, um gleichermaßen teilhaben und strukturelle Diskriminierung überwinden zu können, da die Faktoren, derer Menschen diskriminiert werden sich gegenseitig verstärken¹⁵.

In Deutschland sind Schwangerschafts-abbrüche immer noch illegal und nur unter bestimmten Vorraussetzungen straffrei. Frauen sind in ihrer Selbstbestimmung und dem Recht, über ihren eigenen Körper zu entscheiden weiterhin erheblich eingeschränkt. ¹⁶ Diesbezüglich fordern wir reproduktive Selbstbestimmung, die Abschaffung des Artikels §218 und auch kostenlose Verhütungsmittel. "Gesundheitsversorgung muss diskriminierungsfrei werden". ¹⁷ Ein weiterer großer Punkt in diesem Bereich, ist die Berücksichtigung bei Erkrankungen und Behandlungen von geschlechtsspezifischen Unterschieden. ¹⁸ In allen Bereichen der Medizin ist der anatomische cis Mann noch immer der Standard. "Die Frau wird eher als Sonderfall behandelt. Trans, inter oder nicht binäre Menschen werden in der Erforschung von Krankheiten, Medikamenten und Therapien gar nicht beachtet. ^{"19}

Die medizinische Forschung und Lehre soll durch geschlechtsspezifische Aspekte erweitert werden und auch die Therapien und Medikation sollen an die Bedürfnisse und die anatomischen Voraussetzungen von cis Frauen, trans Frauen, trans Männern, inter Personen, nicht binären Personen angepasst werden. ²⁰ Auch

¹³ vgl. destatis: https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Bevoelkerung-Arbeit-Soziales/Arbeitsmarkt/Frauenanteil_Fuehrungsetagen.html [abgerufen am 09.01.2023]

747

748749

750

751

752

753

754

755

756

757

758

759

760

761

762

763

764

765

¹² vgl. ebenda

¹⁴ vgl. jusos: https://jusos.de/themen/feminismus/ [abgerufen am 08.01.2023]

¹⁵ val. ebenda

¹⁶ vgl. ebenda

¹⁷ ebenda

¹⁸ val. ebenda

¹⁹ Hannover, Braunschweig: neu_Gendermedizin als Standard - der Mensch ist nicht männlich. Antrag Juso-Bundeskongress 27.-29. November 2020, Beschluss G5

²⁰ vgl. ebenda

Stereotype und Vorurteile spiegeln sich in der Behandlung der Patienten wider.
Schwarzen Patienten wird seltener und weniger Schmerzmittel verabreicht. Studien
zeigen, dass bei Schwarzen, insbesondere bei schwarzen Frauen, wohl davon
ausgegangen wird, dass sie bei Schmerzen stärker übertreiben und sie
grundsätzlich weniger Schmerzempfinden haben.²¹ 22

Die strukturelle und individuelle Gewalt an Frauen muss bekämpft werden! "In Deutschland wird jede dritte Frau mindestens einmal in ihrem Leben Opfer von physischer und/oder sexualisierter Gewalt; etwa jede vierte Frau wird mindestens einmal Opfer körperlicher oder sexualisierter Gewalt durch ihren aktuellen oder früheren Partner."²³ Für die Betroffenen dieser Gewalt, braucht es genügend Hilfsund Schutzangebote, als auch juristisch sichergestellten Schutz derer, die von Stalking, Gewalt oder Hatespeech betroffen sind. 80% der Opfer von vollendeten und versuchten Delikten der Partnerschaftsgewalt in Deutschland 2021 waren weiblich.²⁴ Femizide werden jedoch trotzdem nicht juristisch als solche anerkannt und verfolgt.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass Frauen und Männer gleiche Rechte und Chancen haben – nicht nur auf dem Papier, sondern im täglichen Leben. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer gleich, frei und solidarisch miteinander leben können²⁵. Eine Forderung von der Bundes SPD, die heute noch nicht 100-prozentig stimmt, aber einen großen Stellenwert hat. Heutzutage sind Frauen selbstbewusster als vor einigen Jahren und wollen ihr Leben nach ihren Vorstellungen gestalten. So wandelt sich auch das Verhältnis zwischen Männern und Frauen, die Beruf und Familienaufgaben partnerschaftlich teilen.

Rechtlich sind Männer und Frauen gleichgestellt. Aber nur weil es eine Rechtliche Gleichstellung gibt, gibt es noch lang keine tatsächliche Gleichstellung.

-

772

773

774

775

776

777

778

779

780

781

782

783

784

785

786

787

788

789

790

²¹ vgl. ebenda

vgl. UVA: https://batten.virginia.edu/about/news/black-americans-are-systematically-under-treated-pain-why [abgerufen am 09.01.2023]

²³ bmfsfj: https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/frauen-vor-gewalt-schuetzen/haeusliche-gewalt/formen-der-gewalt-erkennen-80642 [abgerufen am 09.10.2023]

²⁴ bka:

https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUnd Lagebilder/Partnerschaftsgewalt/Partnerschaftsgewalt_2021.pdf?__blob=publica tionFile&v=4 [abgerufen am 10.01.2023]

²⁵ https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Grundsatzprogramme/ hamburger_programm.pdf

Insbesondere in der Berufs- und Arbeitswelt bestehen alte Ungleichheiten fort. Die Schlüsselpositionen in Wirtschaft und Gesellschaft werden überwiegend von Männern besetzt. Für gleich qualifizierte Stellen bekommen Frauen einen vielfach geringen Lohn als Männer. Zudem werden Jobs, die überwiegend von Frauen gemacht werden, oftmals schlechter bezahlt. Für gleichwertige Arbeit muss aber gleicher Lohn gezahlt werden. Wir wollen die Trennung in Geschlechtsspezifischen Jobs überwinden. Dafür sind aber gesetzliche Maßnahmen für die gleiche Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in Unternehmen, Verwaltung, Wissenschaft und Forschung sowie Aufsichtsgremien erforderlich.²⁶

Deshalb brauchen wir eine aktive Frauenförderung genauso wie das Gender Mainstreaming, das jede politische Entscheidung auf ihre Auswirkungen auf das Leben von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen überprüft und wo nötig verändert. Die Ansprüche an Flexibilität und Verfügbarkeit in der Arbeitswelt lassen sich nur schwer vereinbaren mit Familie und Kindern. Denn besonders bei Frauen überschneiden sich familiäre Belastung und der berufliche Alltag. Eine partnerschaftliche Teilung der Aufgaben zwischen Frauen und Männern ist noch nicht die Regel. Frauen leisten noch heute einen Großteil der Familienarbeit trotz Berufsleben, was den Alltag im Job erschwert. Dadurch werden die Frauen vor eine Alternative zwischen dem Verzicht auf Kinder oder dem Verzicht auf das Ausleben einer vollständigen beruflichen Karriere. Die SPD fordert flexible Arbeitszeiten in der Arbeitswelt für ein Gleichgewicht zwischen Privatleben und Beruf. soll der die Arbeitswelt durch flexible Arbeitszeiten so gestalten, dass Beruf und Privatleben in eine Balance zu bringen sind. Darüber hinaus wollen wir mehr Zeitsouveränität für Frauen und Männer. Das ermöglicht erst Wahlfreiheit. Wenn wir gleiche Teilhabe für Frauen und Männer verwirklichen wollen, müssen wir alle Lebensbereiche umgestalten: Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden. 27

_

792

793

794

795

796

797

798

799

800

801

802

803

804

805

806 807

808

809

810

811

812

813

814

815

816

²⁶ https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Grundsatzprogramme/hamburger_programm.pdf

²⁷ https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Grundsatzprogramme/ hamburger_programm.pdf

Bezug auf den Rhein-Erft-Kreis

Wir fordern eine Anlaufstelle für queere Jugendliche

Auch heute noch sind queere Jugendliche massiver Diskriminierung ausgesetzt. Laut einer aktuellen Studie des Deutschen Jugendinstituts erfahren über die Hälfte der queeren Jugendlichen an ihrer Bildungs-/Ausbildungsstätte Beschimpfungen und Beleidigungen. Rund 10% erleben sogar körperliche Gewalt. Familienmitglieder reagieren auf ihre Coming-Out und meist negativ. All dies führt u.a. dazu das queere Jugendliche eine 4-6-fach erhöhte Suizidalität haben. Im Rhein- Erft-Kreis gibt es keine Anlaufstellen für queere Jugendliche. Daher fordern wir ein queeres Jugendzentrum, um Akzeptanz und Vielfalt in Bezug auf lesbische, schwule, bisexuelle, transidente, intergeschlechtliche und weitere queere Personen zu fördern. Das Jugendzentrum bietet einen Schutzraum für Jugendliche, an dem sie zusammenkommen können, gemeinsam Freizeitangebote wahrnehmen können und unterstützt werden. Sie können sich dort mit anderen Queeren austauschen und über ihre Erfahrungen reden und es soll außerdem das Angebot zur Beratung und für bestimmte Hilfsangebote bestehen.

Lohnt sich das? Ja! Schätzungsweise 5-10% aller Menschen und damit auch aller Jugendlichen sind queer. Folglich kann aus dem Anteil der 14-27-Jährigen die Kernzielgruppe errechnet werden.²⁹

Wir fordern mehr Frauenhäuser im Rhein-Erft-Kreis

Frauenhäuser sind dazu da, Frauen einen Rund-um-die-Uhr sicheren Schutzraum zu bieten. Der Rhein-Erft-Kreis soll bestehende Frauenhäuser finanziell und strukturell unterstützen und Neugründungen ermöglichen. Die dort aufgenommenen Kinder und Frauen sind von körperlicher, Seeliger, sexualisierter oder ökonomischer Gewalt betroffen. Die Frauenhäuser nehmen die Frauen unabhängig von ihrer Vergangenheit – heißt, was ihr zugestoßen ist – und auch unabhängig von Einkommen, Herkunft, Religion, sexueller Orientierung und geschlechtliche Identiät auf. Derzeit sind in ca. 90 Kreisen in Deutschland keine

²⁸ https://www.queerunity.de/situation-queere-jugndlicher/

²⁹ https://www.queerunity.de/situation-queere-jugndlicher/

Frauenhäuser vorhanden 30. Der Rhein-Erft-Kreis hat bereits ein Frauenhaus in Erftstadt. Diese 9 Städte haben zusammen jedoch mehr als 470.000 Einwohner, von denen rund 51% Frauen sind. Laut dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird jede 3. Frau einmal in ihrem Leben Opfer von physischer und/oder sexualisierter Gewalt. Jede vierte mindestens einmal Opfer von körperlicher oder sexualisierter Gewalt durch ihren aktuellen oder vorherigen Partner³¹. Wenn wir das großzügig runter rechnen, dann erleben von denen mehr als 235.000 Frauen und Mädchen 58.750 ein Mal in ihrem Leben Gewalt. Das Deutsche Hilfstelefon das nur ungefähr 20 Prozent der betroffenen Hilfe aufsuchen. Wenn diese 11.750 Tausend betroffenen nun im Rhein-Erft-Kreis Hilfe suchen wollen können sie sich an das Frauenhaus im Rhein-Erft-Kreis wenden, welches jedoch nur über eine Kapazität von 24Plätze verfügt. Unter diesen zwanzig Prozent fallen auch Frauen, die sich bei Familie oder Beratungsstellen Hilfe suchen. Nichtsdestotrotz sind 24 Plätze für Bedürftige Frauen zu wenig. Zudem muss die Istanbul Konvention eingehalten werden und Ressourcen dafür müssen auch vom Kreis geschaffen werden. Dieses Projekt soll durch das drei Säulen Modell der Finanzierung das für Frauenhäuser ausgelegt ist finanziert werden, denn die Finanzierung darf nicht länger auf Spenden und Freiwilligkeit der Kommunen basieren. Frauenhäuser benötigen eine sichere gesetzliche Grundlage, welche die Finanzierung von Frauenhäusern sicherstellen.32

Eine Frauenquote in kommunalen Unternehmen

Vor allem in Führungspositionen sind Frauen immer noch stark unterrepräsentiert. Hochrechnungen aus 2020 zeigen das in Deutschland nur rund 28 Prozent der Frauen in Führungspositionen arbeitet ³³. Damit sank der Anteil im Vergleich zum Vorjahr fast eineinhalb Prozent. Um mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen, müssen sich die Unternehmen Struktur und die

_

848849

850

851

852

853

854

855

856

857 858

859

860

861

862

863

864 865

866

867

868

869

870

871

872

https://www.nrwspd.de/wp-content/uploads/sites/2/2022/03/unser-land-von-morgen-regierungsprogramm-der-nrwspd-2022-2027.pdf

https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/gewalt-gegen-frauen-zahlen-weiterhin-hoch-ministerin-giffey-startet-initiative-staerker-als-gewalt-141688

https://www.nrwspd.de/wp-content/uploads/sites/2/2022/03/unser-land-von-morgen-regierungsprogramm-der-nrwspd-2022-2027.pdf

https://news.kununu.com/frauenanteil-in-fuehrungspositionen-pro-contrader-frauenquote/

Einstellung ändern. Oft ist der gute Wille der Arbeitgeber erkennbar doch in der Umsetzung nicht genug. Wir stecken in einem Teufelskreis, denn bereits engagierte Männer neigen dazu gleiches Geschlecht einzustellen. Dies geschieht bei Menschen instinktiv, da man sich dort wohl fühlt beziehungsweise mit dem wohl fühlt, was man kennt. Um diesen Kreis zu brechen fordern wir im Rhein-Erft-Kreis eine Frauenquote von 50 % in kreiseigenen Unternehmen. Gemischte Führungsteams sind kreativer, der Kommunikationsstil verändert sich. Auch davon profitieren alle. ³⁴

_

³⁴ https://www.pro-quote.de/zehn-gruende-fur-die-quote/



Kampf gegen rechts – Kein Fußbreit dem Faschismus

bearbeitet von: Florian Bollin & Ida Görlitz

881 882	"Nein"
883 884 885	Grundsätzliche Positionierung der Jusos Rhein-Erft: Leider ist es eine typisch deutsche Eigenschaft, den Gehorsam schlechthin für eine Tugend zu halten. Wir brauchen Zivilcourage, "Nein" zu sagen! – Fritz Bauer
886 887 888 889 890	Rechtsextremistische Stimmen werden in unserem Kreis immer lauter. Das bedeutet, dass wir uns aktiv dagegen wehren müssen. Kein Fußbreit dem Faschismus tragen wir Jusos schon lange auf allen Ebenen als Leitspruch. Dabei sind wir uns bewusst, dass der Kampf gegen Rechtsextremismus kein leichter ist. Faschismus und Rechtsextremismus sind tief verwurzelt. Indes wird vor allem die Kommunale Ebene im Kampf gegen Rechtsextremismus oft vergessen.
892	Bezug auf den Rhein-Erft-Kreis
893	
894	Wir fordern auffangen und aufklären
895 896 897 898 899 900	Die Rechten Gruppierungen im Rhein-Erft-Kreis radikalisieren sich immer weiter. Bei vielen unserer Demonstrationen ist uns aufgefallen, dass auch vermehrt Junge Menschen zu den Veranstaltungen der rechten Gruppierungen gehen. Freund*innen, Familie oder das Umfeld können Faktoren sein, die Jugendliche in rechte Gruppierungen bringen können. Dabei geht es häufig nicht darum, dass die Jugendlichen der rechten Ideologie zusagen, sondern, dass sie einen Schutzraum und vor allem eine "brüderliche" Gruppe suchen.
902 903 904 905 906 907	Daher fordern wir vermehrte Jugendarbeit im Kampf gegen Rechts. Damit Jugendliche nicht in solche Gruppen fallen braucht es pädagogische Schutzräume, um Jugendliche aufzufangen und ihnen die Möglichkeit zu geben sich zu entfalten. Zusätzlich müssen die Kampagnen der Bundes- und Landesebene für sogenannte "Aussteiger" weiter verbreitet werden und die Stellen im Kreis weiter ausgebaut werden.
908	Wir fordern Erinnern, Verinnerlichen, lernen
909 910	Im Kampf gegen Rechts ist die Waffe der Erinnerung eine unserer stärksten. Dabei müssen wir unsere Erinnerungskultur wieder stärken und besonders

generationenübergreifend ein nachhaltiges Bewusstsein schaffen. Warum wissen Jugendliche aus Pulheim nicht, dass direkt vor unserer Nase im Brauweiler ein KZ war? Weshalb kennen wir die Geschichte aus unserem eigenen Kreis nicht? Stolpersteine in der eigenen Stadt sind bekannt, doch wie genau sahen die einzelnen Schicksale aus? Gab es auch in meiner Stadt und in unserem Kreis Orte, wie das El-De Haus in Köln? Wenn ja, was ist dort passiert? Fragen, auf die es keine direkten Antworten gibt. Schulen machen den Ausflug lieber nach Köln oder Bonn statt in den eigenen Kreis. Dabei können wir mit der Geschichte direkt vor unserer Haustüre anfangen. Daher fordern wir, dass die Erinnerungskultur im Rhein-Erft-Kreis wieder stärker bedacht wird. Wir fordern die Kommunen in Kooperation mit den Geschichtsvereinen auf, die Geschichte ihrer Stadt aufzuarbeiten und kostenlos der Bevölkerung zugänglich zu machen. Städte, die solche Angebote bereits vorhalten fordern wir dazu auf, diese proaktiv in ihrem Stadtgebiet zu bewerben, auszubauen und zu erhalten Es können Ausflüge nach Brauweiler sein, eine Ausstellung über Zeiten des Nationalsozialismus o.ä.. Wir begrüßen, das Angebot des Rhein-Erft-Kreises, welches kostenlose Besuche im EL-DE Haus, der Gedenkstätte Pulheim und Vogelsang ermöglicht. Gleichzeitig fordern wir, dass der Kreis hierzu proaktiv die Bürger*innenschaft und insbesondere Schulen im Kreis informiert, sodass es sich bei dem Angebot um ein tatsächlich bekanntes Angebot handelt.

Wir fordern die Kommunen auf sich zu wehren

911

912

913

914

915

916

917

918

919

920

921

922

923

924

925

926

927

928

929

930

931

- Der Kreis Euskirchen hat 2021 ein Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Diskriminierung auf den weg gebraucht. Gemeinsam mit NRWeltoffen hat die Initiative des Kreises Euskirchen gegen Rechtsextremismus verschiedene Veranstaltungen und Kampagnen aufgezogen. In einer Analyse wurden die Ausmaße von Diskriminierung und Rechtsextremismus im Besonderen dargelegt.
- Wir fordern, dass der Rhein-Erft-Kreis ebenfalls eine solche Analyse durchführen
 lässt und ein entsprechendes Handlungskonzept vorlegt



Migration, Integration, Asyl- und Geflüchtetenpolitik

bearbeitet von: Lennart Hensen, Tom Förster

"Kein Mensch ist illegal"

941

942

943 944

945

946 947

948

949

950 951

952953

954

955

956

957958

959

960

961

940

Grundsätzliche Positionierung der Jusos Rhein-Erft:

Die Zahl der Menschen, die weltweit vor Krieg, Konflikten und Verfolgung fliehen müssen, war noch nie so hoch wie heute. Laut UNHCR beträgt die Zahl der gewaltsam vertriebenen Menschen aktuell weltweit rund 103 Millionen³⁵ Menschen. Mehr als ein Prozent der Weltbevölkerung ist somit auf der Flucht.³⁶ Ende 2019 waren es noch ca. 79 Millionen Menschen.³⁷ "Die Menschen emigrieren oder fliehen aus politischen, ökonomischen Gründen, aus unerträglichen Zuständen, aus Angst vor dem Verhungern, vor Krieg, Vertreibung und Tod, aus Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben anderswo, außerhalb ihrer Heimat." 38 Viele dieser Ursachen beziehungsweise Gründe sind nicht neu. Die Gründe und Ursachen für Wanderungsbewegungen wurden bisher aber nicht angegangen.³⁹ Hiermit eng verknüpft sind kapitalistische Interessen des Westens. Zum Beispiel das Interesse an sich fügenden Regierungen oder leicht zugänglichen Rohstoffen in - vom Westen – ökonomisch abhängigen Ländern. Insgesamt ist heutzutage ein Großteil der Welt zwar formal unabhängig und entkolonialisiert, wirtschaftlich jedoch weiter stark vom Westen abhängig.⁴⁰ Zudem verfolgen westliche Staaten ihre Interessen auch in (Bürger-)Kriegen, indem sie diese finanzieren, Kriegsparteien mit Waffen versorgen oder selbst als Kriegsparteien agieren. Als Beispiele, die auf Afghanistan und den Irak folgten, seien Syrien und Libyen genannt.⁴¹ Aus diesen zerstörten Gebieten flieht ein Großteil der Geflüchteten. 42 Kaum ein Thema hat einen so

³⁵ <u>Anmerkung der Autoren:</u> Die Zahl umfasst Geflüchtete, Asylsuchende, Binnenvertriebene und andere schutzbedürftige Menschen.

³⁶ UNHCR: Mid-Year Trends Report 2022 IN: https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/fluechtlingszahlen Abgerufen: 30.12.2022

³⁷ UNHCR: https://www.unhcr.org/dach/de/services/statistiken Abgerufen: 17.03.2021.

³⁸ Bruder, Klaus-Jürgen; Bialluch, Christoph (Hrsg.): Migration und Rassismus. Politik der Menschenfeindlichkeit. Originalausgabe. Psychosozial-Verlag. Gießen. 2017. S.9

³⁹ vgl. ebenda

⁴⁰ vgl. Hall, Stuart: Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2. Argument Verlag. 2012. S.137ff.

⁴¹ vgl. Bruder, K.-J.; Bialluch, C.(Hrsg.): a.a.O.

⁴² <u>Anmerkung der Autoren:</u> Wir verwenden den Begriff "Geflüchtete" anstatt des Begriffs "Flüchtlinge", da dieser diskriminierend wirken kann und umstritten ist.

962 polarisierenden und emotional aufgeladenen Diskurs zur Folge, wie das Thema 963 (Flucht-)Migration.

Bezogen auf die Entwicklung in Deutschland kam es im Jahr 2015 zu einem deutlichen Anstieg der Zuwanderung. Ein großer Teil der Bevölkerung nahm dies zunächst positiv auf. Die sexuellen Übergriffe der Kölner Silvesternacht 2015/2016 und terroristische Anschläge im In- und Ausland (z.B. Paris, Brüssel, Berlin) trugen jedoch zu einem Wandel der Stimmung bei. Die migrationskritischen Stimmen wurden lauter. Neu ist die Verknüpfung von Migration und Terrorismus. Die Problematisierung verstärkter Zuwanderung hingegen ist jedoch kein neues Phänomen. In den 1990er Jahren gab es in Folge der Kriege im ehemaligen Jugoslawien einen breiten gesellschaftlichen Diskurs und es kam zu schwerer rechtsextremer Gewalt gegen Geflüchtete (z.B. in Rostock oder Solingen). Zu einer genaueren Darstellung sei an dieser Stelle auf andere Veröffentlichungen verwiesen. Nach den Vorkommnissen 2015 und 2016 steht bis heute hauptsächlich die Kriminalität von Geflüchteten im Mittelpunkt des Diskurses.

"Unterstützt vom grundsätzlichen Trend der Individualisierung ist die deutsche Gesellschaft mit Ausnahme einiger Enklaven in Ostdeutschland gekennzeichnet durch Migrationserfahrungen und -realitäten, einer neuen Vielfalt von Lebensgeschichten und -zugehörigkeiten, Religionen und kulturellen Identifikationen. Diese bereichert und modernisiert das Land einerseits, führt andererseits aber auch unweigerlich zu neuen Konflikten und Spannungen, die einer Lösung verlangen."⁴³

Was fordern die Jusos allgemein?

Die Jusos stehen zu einem Recht auf freie Migration.⁴⁴ Menschen sollen unabhängig ihrer Herkunft dort leben können sollen, wo sie möchten. ⁴⁵ Die UN-Flüchtlingskonvention soll um Fluchtgründe, wie Hunger, Klimakatastrophen oder Armut und Kriegshandlungen oder Menschenrechtsverletzungen erweitert werden. Die Jusos setzen sich für eine humanitäre Visafreiheit ein. Jeder Grenzübertritt mit dem Ziel in einem Land einen Asylantrag zu stellen muss legalisiert sein – Durchreise eingeschlossen. Hiermit muss die EU beginnen, diese zur legalen Einreise bereit zu stellen. Bis zu einer Einigung sollte die Bundesregierung dies tun. Diese Visa sollen gebührenfrei bei den Botschaften und Konsulaten gewährt werden. Diese müssen

⁴³ Bozay, Kemal; Borstel, Dierk (Hrsg.): Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft. Edition Centaurus – Jugend, Migration und Diversity. Springer Fachmedien. Wiesbaden. 2017. S.3.

⁴⁴ Schweriner Manifest S.56

⁴⁵ ebenda

personell aufgestockt werden. Eine Familienzusammenführung ist umgehend wieder aufzunehmen. Sie sollte auch über humanitäre Visa möglich sein.⁴⁶

Die Grenzschutzagentur FRONTEX muss unverzüglich abgeschafft werden. Diese steht für menschenrechtswidrige und militarisierte Grenzabschottung der EU. Eine ebenfalls demokratische Kontrolle ist nicht möglich. Europäische Seenotrettungsmissionen nach dem Vorbild der Mission "Mare Nostrum" müssen wieder eingesetzt und ermöglicht werden – mit mehr Mitteln und Finanzen.⁴⁷ Für die Jusos ist klar, dass es Aufgabe der EU ist, dafür zu sorgen, dass ihre Außengrenzen kein Massengrab werden. Die aus Seenot geretteten Geflüchteten müssen auf die europäischen Kommunen verteilt werden, die unabhängig von nationalen Regierungen bereit dazu sind. Diese solidarischen Kommunen müssen von der EU mit Geldern für die Integration der Geflüchteten und mit Mitteln für Infrastrukturmaßnahmen unterstützt werden. Für die Unterbringung, Betreuung und Asylverfahren braucht es EU-weite Mindeststandards. Humanitäre Hilfe auf dem Mittelmeer müssen von der Bundesregierung und dem Innenministerium entkriminalisiert werden. Seenotrettung ist kein Verbrechen. Es muss zudem Sicherheitsgarantien für die operierenden NGO's im Mittelmeer geben.⁴⁸

Fluchtursachen müssen bekämpft werden.

Es braucht nachhaltigen Handel und ein Ende der Zusammenarbeit mit Autokrat:innen, Diktator:innen und nichtstaatlichen Akteur:innen, die Geflüchtete an der Einreise nach Europa hindern sollen. Statt – auch von der SPD mitgetragenen – aktionistischen Gesetzen zu Abschiebung von Geflüchteten nach Zeiten hoher Geflüchtetenzahlen müssen allgemeinen Konzepten zur Bekämpfung von globalen Ungleichheiten weichen.⁴⁹

Deutschland ist ein Einwanderungsland.

Deutschland war schon immer ein Land, in welchem Menschen aus allen Regionen der Erde leben und aus den unterschiedlichsten Gründen neu hinzukommen. Einwanderung darf aus Sicht der Jusos nie an einem Nützlichkeitsprinzip ausgerichtet sein. Darunter werden auch solche Gesetze gefasst, die den Kenntnisstand der deutschen Sprache und Bildungsabschlüsse zur Vorbedingung für eine Erlaubnis zur Einwanderung machen.⁵⁰

994

995

996

997

998

999

1000

1001

1002

1003 1004

1005

1006

1007

1008

1009

1010

1011

1012

1013

1014

1015

1016

1017

1018

1019

1020

1021

1022

1023

1024

⁴⁷ Schweriner Manifest S.57

⁴⁶ ebenda

⁴⁸ ebenda

⁴⁹ ebenda

⁵⁰ Schweriner Manifest, S. 58

Teilhabe und Vielfalt in der Einwanderungsgesellschaft schaffen.

Unterstützungsleistungen zum Spracherwerb und zur Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen müssen dringend verbessert werden. Die verschiedenen Kulturen und Talente wollen wir fördern – bei gleichzeitiger Annäherung sowohl der Menschen mit Migrationshintergrund als auch der Aufnahmegesellschaft. Wir wollen diese als Chance begreifen, um die Gesellschaft vielfältiger und offener zu gestalten. Die Jusos lehnen einseitige Forderungen nach Integration ab und stellen sich gegen das Prinzip der Assimilation. Mehrstaatlichkeit muss ermöglicht werden und aktives als auch passives Wahlrecht für alle in Deutschland Lebenden ermöglicht werden.⁵¹

Diskriminierung entschlossen bekämpfen.

Der Staat muss alles Mögliche tun, um der Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund - die Alltag in Deutschland ist - entgegenzuwirken. Alle staatlichen Ebenen müssen diverser besetzt sein. Strukturelle Diskriminierungen müssen sofort beendet werden. Es braucht hier staatliche Förderprogramme und Antidiskriminierung muss in die Lehrpläne einfließen.52

Bezug auf den Rhein-Erft-Kreis

1042

1043

1045 1046

1047

1048

1049

1050

1051

1053

1054

1055

1041

1025

1026

1027

1028

1029

1030

1031

1032

1033

1034

1035

1036

1037

1038

1039

1040

Wir fordern eine kostenfreie gesellschaftliche Teilhabe im

1044 Vereinswesen

Egal ob im Sport oder in der Kultur, die Mitgliedschaft in Vereinen verbindet Menschen ungeachtet ihrer Herkunft. Doch Fakt ist auch, dass die finanziellen Hürden zur Teilhabe in Vereinen, gerade für Geflüchtete hoch sein können. Daher fordern wir, dass alle Geflüchtete beitragsfrei und ohne Einschränkungen am Vereinswesen teilhaben können. Zwar sind wegen dem Gleichbehandlungsgesetz grundsätzlich alle Mitglieder in einem Verein beitragspflichtig, man kann jedoch bestimmte Beitragsgruppen auch von ihrem Beitrag befreien, ohne dass der Verein Konsequenzen in seiner Gemeinnützigkeit hat.53

1052

Wir sehen diesen Schritt als sinnvoll und notwendig im Rhein-Erft-Kreis an um den Menschen einerseits eine Möglichkeit der Beteiligung zu bieten und andererseits den Kontakt mit anderen Menschen der Gesellschaft zu ermöglichen, um neue

⁵¹ ebenda

⁵² ebenda

⁵³ Söhnke Vosgerau, Prof. Dr. Ulf Gebke: Flüchtlinge im Sportverein, S. 38, Herausgeber Landessportbund, Juli 2016

soziale Kontakte zu fördern. Jugendliche können zwar mit bis zu 15 Euro Vereinsangebote wahrnehmen 54, dies halten wir jedoch für unzureichend und mangelhaft, um eine echte Teilhabe zu erlangen. [AS2]

Wir fordern eine bessere personelle Ausstattung der mit der Aufnahme, Betreuung und Integration beauftragten staatlichen Institutionen (Ausländeramt, Jugendamt (für unbegleitete minderjährige Ausländer), Kreise und Kommunen)

Gute Hilfe ist das Recht aller Geflüchteten und kann nur mit entsprechender personeller Ausstattung gewährleistet werden. Viele Ausländerbehörden in NRW sind für zugewanderte Menschen kaum mehr erreichbar. Dabei sind zugewanderte Menschen in existentieller Weise auf die Behörden angewiesen, besonders bei der Verlängerung von Aufenthaltspapieren aller Art. Zur personellen Situation der Ausländerbehörde im Rhein-Erft-Kreis gibt es zwar keine genauen Zahlen, jedoch zeigen die Zahlen in NRW, dass überall Personal fehlt. Es herrscht chronische Unterbesetzung und die offenen Anträge stapeln sich. E-Mails oder Briefe gelangen manchmal gar nicht zu den Akten, werden wochen- oder monatelang nicht beantwortet, Telefonleitungen sind blockiert, das ist ein Zustand, der den Bedürftigen schadet. Manche Ausländerbehörden verlängern derzeit keine Aufenthaltserlaubnisse mehr, sondern stellen nur noch sog. Fiktionsbescheinigungen, manchmal sogar nur selbstgebastelte "Verlängerungszettel", aus, was einschneidende Folgen für die Geflüchteten hat, die mit diesen Bescheinigungen teilweise keine Arbeit und Wohnungen mehr finden und somit oft keine Lebensgrundlage mehr besitzen.55

Mit unserer Forderung nach einer besseren personellen Ausstattungen soll vor allem den Betroffenen und auf die Hilfe angewiesenen geholfen werden, aber auch die dort tätigen Fachkräfte sollen entlastet werden. Mehr geschultes Personal hilft bei einer besseren und schnelleren Eingliederung in die Gesellschaft und ist somit eine längst überfällige Maßnahme.

Wir fordern mehr Sprach- und Integrationskursangebote im Kreis

Um gute Integration und somit chancengleiche Teilhabe in der Gesellschaft zu erlangen ist der Zugang zu Sprach- und Integrationskursen unerlässlich. Jeder

_

1059

1060

1061

1062

1063

1064

1065

1066

1067

1068

1069

1070

1071

1072

1073

1074

1075

1076

1077

1078

1079

1080

1081

1082

1083

1084

1085

⁵⁴ Bildungs- und Teilhabepacket NRW

^{55 3.12.2021,} Flüchtlingsrat NRW: https://www.frnrw.de/top/auslaenderbehoerden-in-nrw-kollabieren-fluechtlingsrat-nrw-mahnt-existentielle-folgen-fuer-zugewanderte-menschen.html

Geflüchtete muss die besten Möglichkeiten bekommen, um sich optimal und schnellstmöglich in die gesellschaftlichen Strukturen zu integrieren. Hierzu gehört ein gutes und breites Angebot an entsprechenden Kursen und Möglichkeiten. Aktuell wird in vielen Städten im kreis an nur einem Ort ein Integrationskurs angeboten. ⁵⁶ Gerade für Menschen, die nicht mobil sind und den teilweise unzureichenden Nahverkehr in den Städten nutzen müssen gibt es Schwierigkeiten diese Stellen zu erreichen. Ein Integrationskurs der ggf. über eine Stunde entfernt ist, ist bereits die erste Hemmschwelle im Prozess der Integration und ein Hindernis, dass mit dem Ausbau der Integrationskursmöglichkeiten bekämpft werden kann. Bei den Sprachkursen sind die Möglichkeiten noch geringer, teilweise bleiben ganze Gebiete frei von Angeboten und die Strecken, um die Stellen zu erreichen sind noch länger. Und da Sprache einer der wichtigsten Aspekte ist, um in das Arbeitsleben und die Zivilgesellschaft zu starten ist auch dieser Zustand nicht hinnehmbar du erschwert das Leben der Menschen unnötig.

Daher fordern wir, dass es in jeder Stadt im Rhein-Erft-Kreis gut erreichbare Angebote für alle Geflüchtete gibt um sich bestmöglich und so einfach, wie möglich in die Gesellschaft zu integrieren und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Nur mit einem flächendeckenden Angebot kann gute Hilfe gewährleistet werden und den Geflüchteten langfristig geholfen werden.

-

⁵⁶ Integration Map: <u>https://innovabest.makemymap.de/</u>



Netzpolitik, Medien, Datenschutz und Digitales

bearbeitet von: Robin Wolff und Christoph Schwarz

"Digitale Chancen nutzen"

Grundsätzliche Positionierung der Jusos Rhein-Erft:

Als Jusos kämpfen wir für die Chancen der Digitalisierung. Wir setzen uns ein für die Achtung der Menschen- und Grundrechte im Digitalen⁵⁷, den Schutz persönlicher Daten vor Ausbeutung von Unternehmen sowie gegen einen Überwachungsstaat im Internet.⁵⁸ Zu beachten ist dabei, dass Netzpolitik, Medien und Datenschutz von Bundes- und insbesondere Europaebene geprägt sind. Die Themen für den Rhein-Erft-Kreis bewegen sich daher auf einer Mikroebene des Themenkomplexes, die vor Ort aber konkret das Leben der Menschen verbessern können.

Bezug auf den Rhein-Erft-Kreis

Wir fordern einen kreisweiten Online-Marktplatz

Während der Corona-Pandemie und der aktuellen Energiekrise und Inflation leide vielen lokale Gewerbetreibende. Zahlreiche Betriebe mussten schließen, während Internetgiganten wie Amazon ihre Marktmacht weiter ausbauen konnten. Einen eigenen Onlineshop zu betreiben ist für die wenigsten Betriebe erschwinglich, sodass der Vormachtstellung einiger weniger Unternehmen nichts entgegengesetzt werden kann. Wir wollen daher einen kreisweiten Online-Marktplatz errichten, auf dem lokale Unternehmen ihre Waren und Dienstleistungen anbieten und die Verbraucher*innen direkt über den Marktplatz bestellen können.

Wir fordern eine Stärkung von Open-Source im Rhein-Erft-Kreis

Alles was durch öffentliche Gelder finanziert wird, sollte öffentlich zugänglich sein, das gilt auch für Software. Durch die Nutzung einer größeren Community kann die Fortentwicklung einer Open-Source-Software deutlich schneller voranschreiten, als bei der Nutzung durch einen Einzelnen. Open-Source wahrt dabei auch die

Beschlussbuch Jusos-BuKo 2014, N 1 Rn. 95ff., https://jusos.de/wp-content/uploads/2021/06/Beschlussbuch BuKo 2014.pdf
 Beschlussbuch Jusos-BuKo 2014, N 1 Rn. 45ff., https://jusos.de/wp-

content/uploads/2021/06/Beschlussbuch BuKo 2014.pdf

notwendigen Sicherheitsstandards, denn durch die öffentliche Verfügbarkeit kann jede*r den Code auf Sicherheitslücken überprüfen. Wir fordern daher, dass die Kreisverwaltung des Rhein-Erft-Kreises primär auf Open-Source-Lösungen zurückgreift und diese auch finanziert. Darüber hinaus wollen wir den Austausch von Open-Source im Rhein-Erft-Kreis stärken, in dem eine Open-Source-Börse eingerichtet wird, auf der lokale Entwickler ihre Software austauschen und sich gezielt gegenseitig bei der (Fort-)Entwicklung unterstützen können.

Wir fordern ein Livestreaming aller Kreistagssitzung

Ein wichtiges Element der Demokratie ist die Transparenz der Entscheidungsfindung und die Einbeziehung der Bürger*innen. Aufgrund der Größe des Rhein-Erft-Kreises ist nur den wenigsten möglich, an Sitzungen des Kreistages teilzunehmen. Daher fordern wir, dass alle Kreistagssitzung per Livestream ins Internet übertragen werden sollen. So können Interessierte von zu Hause aus die Entscheidungsfindung verfolgen. Dies wiederum kann das Interesse für und die Akzeptanz der kommunalen Themen steigern.



Öffentliche Daseinsvorsorge, Kommunales, Mieten und Wohnen

bearbeitet von: Sam Fattahi und Nina Wolff

Wohnen darf kein Luxus werden

1151

1152

1168

1150

Grundsätzliche Positionierung der Jusos Rhein-Erft:

1153 Der Wohnungsmarkt ist so dramatisch ausgelastet wie seit 30 Jahren nicht mehr. 1154 Deutschlandweit fehlen mittlerweile 700.000 Wohnungen. Ein Wohn-Notstand. 1155 Lange Zeit hielt sich der Rhein-Erft-Kreis verschont vom Wohnungsdruck der großen 1156 Metropolen. Während den Bürger*Innen in Köln, Berlin und München schon seit 1157 mehreren Jahren Platz und Geld ausgeht, blieb der Rhein-Erft-Kreis für die Mehrheit 1158 seiner BewohnerInnen bezahlbar. Doch nun wendet sich das Blatt, immer mehr 1159 Menschen sind durch die steigenden Preise gezwungen, von der Stadt aufs Land zu 1160 fliehen. Allein im Zeitraum von 2018 bis 2022 stiegen die Mieten im Rhein-Erft-Kreis 1161 um 19 Prozent und damit sogar leicht stärker als in Köln. Ein äquivalenter Anstieg der 1162 Löhne ist vergeblich zu suchen. Studierende und Geringverdiener sind bei der 1163 Wohnungssuche chancenlos. Obdachlosigkeit ist im Kreis längst ein trauriges 1164 neues Phänomen. Die Wohnungsnot ist sozialer Sprengstoff für unsere Gesellschaft. 1165 Eine tickende Zeitbombe, die diese Region bedroht. Wir Jusos erkennen die 1166 gesellschaftliche Gefahr und lassen Betroffene nicht im Stich. Wir Jusos setzten uns 1167 für ein bezahlbares Wohnen im Rhein-Erft-Kreis ein.

Bezug auf den Rhein-Erft-Kreis

- 1169 Die Erschließung neuer Wohngebiete liegt in der Verantwortung der Kommunen. Es
- 1170 bleibt wichtig zu betonen, dass abseits der internationalen Trends die
- 1171 Verantwortung für die Wohnmisere vor Ort sich bei den handelnden
- 1172 kommunalpolitischen Akteuren der vergangenen Jahre befindet.
- 1173 Der Anstieg der Mieten ist aufgrund der hohen Nachfrage und dem geringen
- 1174 Angebot marktwirtschaftlich erwartbar, für zur Miete lebenden Menschen aber nicht
- 1175 ertragbar.
- 1176 Die Jusos Rhein-Erft-Kreis unterstützen daher eine angemessene Mietpreisbremse.
- 1177 Neoliberale Kräfte im Rhein-Erft-Kreis haben die Wohnraumbeschaffung zu lange
- 1178 als Aufgabe von privaten Investoren statt der öffentlichen Hand betrachtet. Der
- 1179 Rhein-Erft-Kreis konzertriet sich trotz drohender Verschärfung nicht auf eine Lösung
- 1180 der Krise. Eine Wende bleibt nicht erwartbar, wenn Häuser mehr Investitions- als
- 1181 Wohnraum werden und die Miete nicht der Instandhaltung, sondern dem Profit
- 1182 dient. Seit Jahren sinkt der Anteil an Sozialwohnungen, kommunaler

1183 Wohngesellschaften und Wohngenossenschaften im Rhein-Erft-Kreis. Diese 1184 Wohnarten sind aber unverzichtbar, um steigenden Preisen entgegenzuwirken. 1185 Genossenschaftlicher und öffentlicher Wohnraum dient dem Bewohner, nicht dem 1186 Kapital und hat auf dem Markt eine beruhigende Wirkung. Dies ist keine linke 1187 Einzelmeinung. Die Mehrheit der Menschen im Rhein-Erft-Kreis (84 %), wünschen 1188 sich, dass die öffentliche Hand beim Thema bezahlbares Wohnen wesentlich aktiver 1189 wird. Wir Jusos werden aus dieser Bevölkerungsmehrheit im Kreis eine politische in 1190 Parlamenten bilden. den 1191 Wir benötigen eine Stärkung des nicht profitorientierten Wohnraumes. 1192 Wir verlangen einen radikalen Ausbau der kommunalen Wohnprogramme.

Öffentliche Versorgung stärken - Nein zur Privatisierung:

1193

- Eine der grundlegendsten Aufgaben einer Kommune ist, die Grundversorgung ihrer Bevölkerung zu gewährleisten. Dazu zählen die Wasser- und Energieversorgung, Müllbeseitigung, der Unterhalt von Krankenhäusern, der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sowie die Finanzierung von Kindergärten oder Friedhöfen. Immer wieder werden systemkritische Versorgungseinrichtungen von Kommunen verkauft, um den Haushalt kurzfristig zu sanieren [AS3].
- 1200 Wir betrachten das Kaputtsparen und Privatisieren dieser Lebensgrundlagen als 1201 großer Fehler. Oft verschlechtert sich die angebotene Leistung bei steigenden 1202 Preisen. Beschäftigte werden entlassen und der Leistungsdruck in diesen 1203 Unternehmen nimmt zu. Ein Schließen oder Verkaufen der regionalen 1204 Krankenhäuser zugunsten von privaten Kliniken darf es nicht geben. In Kommunen 1205 mit steigender Bevölkerung muss der Trend in die entgegengesetzte Richtung 1206 gehen. Die starken sozialen Einrichtungen des Kreis-Kommunen sind für uns Jusos 1207 Frechen unerlässlich. Wir Jusos setzten uns für den Ausbau der Kommunalen 1208 Versorgung ein.

1209 Wohnraum für junge Menschen – Auszubilden/Student 1210 Wohnheim im Rhein-Erft-Kreis:

1211 Junge Menschen sind von der Wohnungspolitik mit am stärksten betroffen. Für sie 1212 bedeutet ihr Auszug aus dem elterlichen Wohnumfeld einen entscheidenden 1213 biographischen Schritt hin zu einem eigenständigen, selbstbestimmten Leben. 1214 Gleichzeitig verfügen junge Menschen meist über ein niedriges Einkommen und 1215 kein Wohneigentum. Somit sind sie verstärkt auf eine soziale Wohnungspolitik 1216 angewiesen, um in der Region bleiben 1217 Der Rhein-Erft-Kreis wird dazu aufgefordert ein Jugendwohnzentrum zu errichten. 1218 Vor allem die Städte im Rhein-Erft-Kreis bieten sich aufgrund der günstigen

1219 Verkehrsverbindung zu Köln an

1220

1231

Einführen von Zweckentfremdungssatzungen:

1221 In zahlreichen Kommunen gibt es trotz massiven Wohnraummangels große 1222 Leerstände. Häufig wird der Leerraum zum Spekulationsobjekt der Besitzer, die mit 1223 einer steigenden Nachfrage rechnen. Der Landesgesetzgeber erlaubt Gemeinden 1224 eine Zweckentfremdungssatzung zu erlassen die dauerhaften unbegründeten 1225 Leerstand verbietet und damit mehr Wohnraum erhältlich macht. Die meisten 1226 Kommunen mit starkem Wohnungsdruck, wie zum Beispiel Köln, haben bereits seit 1227 mehreren Jahren solche Satzungen und damit erfolgreiche Erfahrungen gemacht. 1228 Wer potenziellen Wohnraum zweckentfremdet kann mit Bußgeldern geahnt 1229 werden. Dies führt zu einer Senkung der Leerräume, die im Rhein-Erft-Kreis zu finden 1230 sind.

Bessere Verknüpfung der öffentlichen Versorgung:

- 1232 Der Rhein-Erft-Kreis soll sich für eine stärkere Zusammenarbeit der Sozialverbände
- 1233 und kommunaler Versorgungseinrichtungen insbesondere im Bereich des Sozialen
- 1234 und der Gesundheit kümmern. Die öffentliche Versorgung ist fast ausschließlich auf
- 1235 der Gemeinde-Ebene organisiert. Ein Regionalübergreifender Kontakt und
- 1236 Kooperation ist in einigen Fällen daher nicht gegeben.
- 1237 Lasst uns zu Klimahelden werden! Die Mission ist weniger
- 1238 Emission.

1239 Die Stadt Castrop-Rauxel macht vor, wie nachhaltige Entwicklung geht. Mit 1240 professioneller Beratung von Bürger*innen und Unternehmen vor Ort wollen wir die 1241 energetische Sanierung von Gebäuden anregen. Klimamanager*innen bieten ein 1242 umfangreiches Programm an, um individuell zu beraten, welche Potenziale 1243 Gebäude heben, um Emissionen einzusparen: Beleuchtet werden 1244 Wärmeversorgung, die Gebäudehülle, Photovoltaik und E-Mobilität. Hierfür 1245 organisieren die Klimamanager*innen monatliche Informationsabende, sind für 1246 individuelle Beratung im Quartiersbüro anzutreffen und bieten Beratung direkt im 1247 eigenen Gebäude an. Die Klimamanager*innen laufen von Gebäude zu Gebäude 1248 und klären über mögliche energetische Sanierungsmaßnahmen auf. Auch bieten 1249 sie bei Interesse der Gebäudebesitzenden individuelle Beratung mit Leitfaden bis 1250 zur letztlich konkreten Umsetzung der Maßnahme. So gehen wir pro-aktiv auf die 1251 Menschen vor Ort zu und geben ihnen die Möglichkeit mit uns zu Klimahelden zu 1252 werden. Wir fordern den Kreis hierbei dazu auf bei der energetischen Sanierung

1253	neben der Beratung ebenfalls 40% der Kosten der energetischen
1254	Gebäudesanierung zu tragen. Hierfür müssen Fördermittel beantragt werden, sowie
1255	Land und Bund an die Kasse gebeten werden, damit der Kommunalhaushalt nicht
1256	weiter belastet wird. Energetische Sanierungen von Gebäuden besitzen ein hohen
1257	Energiespar-Potenzial. Dieses gilt es zu heben, auch hier bei uns im Rhein-Erft-Kreis.
1258	Wir fordern den Rhein-Erft-Kreis dazu auf zu prüfen, ob diese Klimamanager*innen
1259	beim EkoZet des Rhein-Erft-Kreises angesiedelt werden können. Sollte dies der Fall
1260	ein, fordern wir den Rhein-Erft-Kreis dazu auf diese dort anzusiedeln. Ein
1261	Outsourcing auf Drittanbieter ist nicht zulässig.
1262	
	Quellen:
1263	https://www.ksta.de/region/rhein-erft/obdachlosigkeit-zahlen-in-rhein-erft-
1264	entwickeln-sich-dramatisch-361102
1265	
1266	https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-
1267	<u>Umwelt/Wohnen/Tabellen/mietbelastungsquote.html</u>
1268	https://rp-online.de/wirtschaft/immobilien-mieten-im-umland-steigen-
1269	schneller-als-in-der-grossstadt_aid-81643963
1270	https://www.rundschau-online.de/region/rhein-erft/obdachlosigkeit-zahlen-in-
1271	rhein-erft-entwickeln-sich-dramatisch-361102
12/1	
1272	https://www.nrwspd.de/2022/03/12/nrw-plan-10-punkte-fuer-das-wohnen-von-
1273	morgen/
1274	https://antrag.mieterbund.de/startseite/news/article/74132-studie-ermittelt-fuer-
1275	2023-rekord-wohnungsdefizit-ueber-700000-wohnungen-fehlen.html
1276	https://www.ksta.de/region/rhein-erft/zukunft-der-krankenhaeuser-in-rhein-erft-
1277	gravierende-einschnitte-befuerchtet-180444
12//	gravierende emschmitte beiderchtet 100444
1278	https://www.guido-vandenberg.de/wp-
1279	content/uploads/sites/16/2009/05/doc_23432_20095200561.pdf
1280	https://www.rhein-erft-spd.de/wp-content/uploads/sites/200/2021/11/SPD-
1281	Fraktion_NRW_Handout_Civey-Umfagen_Wohnen.pdf



Pflege, Gesundheit und Soziales

bearbeitet von: Nina Wolff, Ida Görlitz

1282	"Gesundheit ist Menschenrecht –
1283	ohne wenn und aber!"
1284	
1285	Grundsätzliche Positionierung der Jusos Rhein-Erft:
1286	Während der Coronapandemie haben alle geklatscht für die Beschäftigten im
1287	Sozial- und Gesundheitswesen. Heute wird geschwiegen. Kein Klatschen mehr,
1288	keine Verbesserung des Gesundheitssystems. Für uns Jusos ist klar: So kann und
1289	darf es nicht weitergehen.
1290	Das Gesundheitssystem, mit dem wir hier in Deutschland leben, unterliegt
1291	kapitalistischen Zwängen. Anstelle einer bedarfsorientierten Ausrichtung unserer
1292	Gesundheitsversorgung geht es um Profite. Wir fordern die Krankenhaus- und
1293	Gesundheitslandschaft nach dem gegebenen Bedarf auszurichten. Es ist unser
1294	oberstes Ziel als jungsozialistischer Verband eine Versorgungssicherheit aller
1295	Menschen in Stadt und Land zu gewährleisten. Wir solidarisieren uns mit allen
1296	Arbeitnehmenden im Sozial- und Gesundheitswesen und drücken unsere tiefste
1297	Dankbarkeit aus. Auf den höheren politischen Ebenen werden wir uns weiterhin
1298	stark machen für eine Umstrukturierung des Gesundheitssystems, weg von
1299	Fallpauschalen, Außerdem fordern wir für alle eschäftigte im Gesundheitswesen
1300	starke Tarifverträge.
1301	Bezug auf den Rhein-Erft-Kreis
1302	Gesundheit vor Profite! Krankenhäuser erhalten!
1303	Gesundheit ist Menschenrecht, ohne wenn und aber. Es ist die Aufgabe der
1304	staatlichen Daseinsvorsorge dieses Menschenrecht sicherzustellen. Hierzu zählen

Gesundheit ist Menschenrecht, ohne wenn und aber. Es ist die Aufgabe der staatlichen Daseinsvorsorge dieses Menschenrecht sicherzustellen. Hierzu zählen wir die Sicherstellung von medizinischer, therapeutischer und pflegerischer Versorgung. Aus unserer Perspektive gehören die Krankenhäuser in kommunale Hand. Krankenhäuser gehören in öffentliche Trägerschaft. Es ist Aufgabe des Landes anhand einer bedarfsorientierten Planung die gesundheitliche Versorgungssicherheit zu gewährleisten und die finanziellen Mittel den Kommunen bereitzustellen, die ohnehin bereits finanziell überlastet sind. Es ist ein unzumutbarer Zustand, dass Menschen im Rhein-Erft-Kreis in bereits überfüllte Krankenhäuser in Großstädte gebracht werden. Einfache Rechnungen zeigen, dass der Erhalt von Krankenhäusern vor Ort zwingend notwendig ist: Die geburtenstärksten Jahrgänge

kommen langsam in ein Alter, in dem Krankheiten vorprogrammiert sind. Aktuell müssten wir uns, wenn wir eine Versorgungssicherheit sicherstellen wollen, wohl vielmehr mit zusätzlichen Krankenhäusern auseinandersetzen, statt mit Schließungen der vorhandenen. Wir fordern den Erhalt aller 11 Krankenhäuser des Rhein-Erft-Kreises, sowie eine Studie zur Sicherstellung des aktuellen Bedarfs vor Ort, auf welcher ein Maßnahmenplan erarbeitet werden soll.

Mental Health ist kein Tabu-Thema! Psychische Krankheiten ernst

nehmen

1320

1321

1322

1323

1324

1325

1326

1327

1328

1329 1330

1331

13321333

1334 1335

1336

1337

1338

1339

1340

1341

1342

1343

1344

1345

1346

1347

1348

Schüler*innen auf 1 Stand 2021 kommen im Rhein-Erft-Kreis ≈ 6774 schulpsychologische Stelle. Damit liegt der Rhein-Erft-Kreis weiter unter dem Landes-, sowie Bundesdurchschnitt, die jeweils bei 5952 und 6302 liegen. Weshalb schulpsychologische Hilfe so wichtig ist zeigt uns die Corona-Pandemie. Die lange Isolation hat unsere Generation und die jüngeren Generationen sehr geprägt. Welche Langzeitfolgen wir vor allem emotional davon tragen werden, kann man bis Daher ist es wichtig Unterstützung zu bieten. jetzt noch nicht einschätzen. Besonders unter Schüler*innen ist der schulpsychologische Dienst sehr unbekannt und zu gleich gibt es nur wenige Stellen, die Hilfe leisten können. Überwiegend sind es an den weiterführenden Schulen gymnasial Schüler*innen, die sich um Hilfe bemühen, obwohl der Bedarf überall vorliegt (_3 letzte Seite 213x303mm.pdf (rheinerft-kreis.de). Wir fordern eine schulpsychologische Stelle pro Schule, um die tatsächlichen Bedarfe abzudecken. So werden auch Schulsozialarbeiter:innen entlastet, die aktuell zwangsweise Aufgaben übernehmen müssen, die nicht ihrem eigentlichen Aufgabenbereich umfassen.

Als jungsozialistischer Verband ist es unser Anspruch Kinder, Jugendliche und Erwachsenen bestmögliche Beratung zu gewährleisten und präventiv zu handeln. Psychische Erkrankungen dürfen kein Tabu-Thema, und erst recht kein Witz sein. Es sind ernst zunehmende Erkrankungen, die Kinder und Jugendliche vor große Herausforderungen mit sich selbst und ihrem sozialen Umfeld stellen. Hierbei ist die Auswirkung auf das noch vor ihnen liegende Leben nicht zu unterschätzen. Wir fordern entsprechend mit und an den Schulen regelmäßige Beratungstermine durchzuführen, sowie das Thema Psyche und Mental Health in Form von Projekttagen mindestens einmal pro Jahr ausführlich zu thematisieren. In diesem Rahmen sollen den Schüler:innen grundlegende Kenntnisse vermittelt werden, sowie Umgang mit sich selbst und anderen als auch die Hilfsmöglichkeiten aufgezeigt werden.

Sexuelle Aufklärung ist unser gutes Recht!

1349

1350

1351

1352

1353

1354

1355

1356

1357

1358

1359

1360

1361

1362

1363

1364

1365

1366

1367

1368

1369

1370

1371

1372

1373

1374

1375

1376

1377

1378

1379

1380

1381

1382

1383

Werden wir nicht aufgeklärt, können wir sexuelle Selbstbestimmung und Sicherheit nicht gewährleisten. Der Schutz von jungen Menschen hängt hiervon maßgeblich ab. Wir fordern den Rhein-Erft-Kreis dazu auf mit sexuellen Beratungsstellen und Schulen zusammenzuarbeiten und Kampagnen, sowie Bildungsangebote für junge Menschen zu erstellen. Es ist wichtig, dass junge Menschen frühzeitig aufgeklärt werden über sexuelle Befriedigung, unterschiedliche sexuelle Vorlieben und das heißt". Außerdem sollen "Nein, nein Jugendliche im Umgang Verhütungsmethoden bekannt gemacht werden. Hierbei soll der Fokus nicht allein auf Kondom, Spirale und Pille liegen, sondern auch Lecktücher und die Verhütungsmöglichkeiten des Mannes beleuchten. Denn Verhütung ist kein Frauenthema. Desweiteren soll über Sexualkrankheiten und weitere Krankheiten, die häufig bei Frauen mit Eintreten der Periode auftauchen, thematisiert werden. Es ist wichtig jungen Menschen zu zeigen, dass sie mit ihren neu auftretenden Problemen nicht alleine stehen, sondern Veränderungen des Körpers mit gesundheitlichen Veränderungen einhergehen (können). Weiterhin machen wir uns für kostenfreie Kondome für junge Menschen auf Bundesebene stark. Wir begrüßen Initiativen, die Kondome kostenfrei an junge Menschen verteilen.

Anonyme Spurensicherung sexualisierter Gewalt im Süd-Kreis des Rhein-Erft-Kreises einrichten

Die anonyme Spurensicherung sexualisierter Gewalt ist eine Stelle, welche ein niederschwelliges Angebot zur Sicherung von Beweisen darstellt. Aufgrund der gesellschaftlichen Stigmatisierung und der hohen emotionalen Belastung kommt es oft relativ spät zu einer Anzeige. Oft ist eine Beweissicherung dann kaum möglich. Doch die ASS kann sicherstellen, dass die nötigen Beweise gesammelt werden ohne, dass es direkt zu einer Strafanzeige kommt. Somit haben Betroffene die Möglichkeit auch noch lange nach der Beweissicherung eine Anzeige zu stellen. Bisher gibt es im Rhein-Erft-Kreis nur in Frechen die Möglichkeit bei einer ASS-Stelle zu melden. Unter der enormen emotionalen Belastung ist es für viele unmöglich noch den weiten Weg nach Frechen auf sich zu nehmen und so bleiben viele Straftaten ungesichert und die Möglichkeit eines späteren Verfahren mit Beweisen bleibt aus. Daher fordern wir eine zweite ASS-Stelle im Süd-Kreis der Rhein-Erft-Kreises.

Gesicherte gesunde Ernährung -die beste Prevention

Eine ungesunde Ernährung und Lebensweise durch Fast Food, Fertiggerichte, sowie süße Getränke, (salzige) Snacks und viel Alkohol sind im schweren Maße für die

1384	hohe Anzahl an Volkskrankheiten wie Diabetes 'Schlaganfall , Herzinfarkte,
1385	Gefäßverkalkung "Leber/Magenschäden verantwortlich. Prävention ist die
1386	effektivste, allgemein günstigste und an Nebenwirkungen ärmste Behandlung.
1387	Durch geförderte Bildung über eine gesunde Lebensweise von früh auf kann man
1388	dafür sorgen, dass gesundheitsschädliche Lebens- und Ernährungsweisen nicht
1389	über Jahrzehnte und Generationen beibehalten werden. Durch kostenlose
1390	qualitätsverbesserte, gesunde, regionale Hauptmahlzeiten an Schulen kann
1391	ausreichender und ausgewogene Ernährung für junge Menschen gefördert werden.
1392	Zudem werden Eltern somit fnanziell entlastet. Zu oft scheitert gesunde Ernähruing
1393	leider auch am Geldbeutel der Familie. Wir fordern die Kommunen im Rhein-Erft-
1394	Kreis dazu auf gesundes und regionals Schulessen zum Standard warden zu lassen!
1395	Quellen:
1396	https://jusos.de/themen/gesundheit/

- 13
- https://jusos.de/wp-content/uploads/2022/11/P01-Gesundheit-vor-Profite.pdf 1397
- https://www.rhein-erft-kreis.de/PflegeDB/pflegesuche/Krankenhaus/alle 1398



Rente, Generation und Familie

bearbeitet von: Sohaib Bensaid

Generationengerechtigkeit

1400

1401

1402

1403

1404 1405

1406

1407

1408

1409

1410

1411

1412

1413

1414

1415

1416

1417

1418

1419

1420

1421

1422

1423

1424

1425

1426

1427

1428

1429

1430

1431

1399

<u>Grundsätzliche Positionierung der Jusos Rhein-Erft:</u>

Für die Jusos Rhein-Erft ist klar: Wir betrachten die Gesellschaft gesamtheitlich. Wir machen Politik für junge Menschen, doch beinhaltet dies auch in die Zukunft gerichtete Politik. Denn jeder Mensch wird älter. Bekommt oder adoptiert vielleicht Kinder. Wird im höheren Alter immer mehr auf die Hilfe anderer Menschen angewiesen sein. Rund vier von fünf Pflegebedürftigen in Deutschland werden zu Hause versorgt. Meist erfolgt die Pflege durch pflegende Angehörige. Dies stellt für die bspw. erwerbstätigen pflegenden Angehörigen oft eine hohe Mehrfachbelastung dar. Wer hierbei die Unterstützung durch einen ambulanten Pflegedienst bekommen kann, kann sich glücklich schätzen. Doch auch junge Erwachsene dürfen nicht jahrelang auf Kitaplätze für Ihre Kinder warten, hoffen und bangen müssen! Wir möchten, dass Menschen in allen Lebenslagen im Rhein-Erft-Kreis gut und selbstständig leben können. Dabei sollen der Kreis und die Kommunen sie unterstützen.

Bezug auf den Rhein-Erft-Kreis

Wir fordern die Stärkung der ambulanten und stationären Pflegeund Assistenzdiensten.

Immer mehr ältere Menschen leben allein. Dies ist keine Entscheidung, die die Menschen aus freien Stücken treffen. Viele ältere Menschen könnten eigenständig weiterleben. Jedoch können Sie beispielsweise den Wocheneinkauf nicht mehr selbstständig erledigen, weil sie weder Autofahren noch schwere Taschen tragen können, oder die Haushaltsführung nicht mehr selbstständig erledigen. Hierbei benötigen sie Unterstützung, um würdig im eigenen Wohnumfeld im Alter weiterleben zu können. Es müssen dringend ambulante Angebote ausgebaut und gefördert werden, um das selbstständige Wohnen in den eigenen vier Wänden so lange wie möglich zu ermöglichen. Dies umfasst pflegerische Angebote, aber auch mehr Angebote für sogenannte "Hilfen im Alltag". Eine Beratungsstelle zur Förderung von Senioren-WGs, Umzugsberatung und Mehrgenerationenwohnen mit mehreren niedrigschwellig zugänglichen Dependancen im Kreis muss geschaffen werden. Im Kreis soll es jedoch auch ausreichende Plätze bei stationären Diensten geben, damit Menschen, die auf eine 24 Stunden Pflege angewiesen sind, diese auch ohne

1432 lange Wartelisten wahrnehmen können. Dies ist wichtig für die betroffenen 1433 Senior*innen, aber auch für die Angehörigen. Außerdem soll sichergestellt werden,

1434 dass die stationären Einrichtungen barrierefrei sind.

1435 Wir fordern mehr Kitaplätze und bessere Anreize für 1436 pädagogische Fachkräfte Kitas im Rhein-Erft-Kreis

Zwar werden im Rhein-Erft-Kreis genug Kitas gebaut, doch können manche Kitas nicht eröffnet werden, da es schlicht kein pädagogisches Fachpersonal gibt, um manche Kitas zu eröffnen⁵⁹. Daher bleiben die Wartelisten lang, trotz auf dem Papier vorhandener Einrichtungen. Die kommunalen Träger müssen im Rahmen der tariflichen Möglichkeiten finanzielle Anreize setzen, um so zu einer Zuwanderung pädagogischer Fachkräfte in den Rhein-Erft-Kreis zu sorgen. Mehr Personal heißt auch langfristige Entlastung des vorhandenen Personals. Es lohnt, hier mehr finanzielle Mittel aufzubringen, da sich daraus langfristige Vorteile erwirken und andere Kosten, beispielsweise durch Transferleistungen, vermeiden lassen. Wir müssen dafür sorgen, dass es in dem Bereich eine Entlastung gibt.

Wir fordern eine Abschaffung der Kita-Gebühren

Frühkindliche Bildung und Sozialisierung darf nicht am Geldbeutel scheitern. Wir fordern daher eine Abschaffung der Kita-Gebühren und einen niedrigschwelligen Zugang zu frühkindlicher Bildung für alle Kinder im Vorschulalter im Rhein-Erft-Kreis.

⁵⁹ https://www.radioerft.de/artikel/rhein-erft-ueberall-fehlen-kita-plaetze-1300278.html

1437

1438

1439 1440

1441

1442

1443

1444 1445

1446

1451	Quellen:
1452 1453	https://www.rentenblicker.de/infos-zur-rente/so-funktioniert-die-gesetzliche-rentenversicherung/
1454	https://www.einfach-rente.de/rentensystem-demographischer-wandel
1455	https://www.finanztip.de/aktienrente/
1456 1457	https://www.bundeshaushalt.de/DE/Bundeshaushalt-digital/bundeshaushalt-digital/bundeshaushalt-digital/bundeshaushalt-
1458	https://www.bewo-rhein-erft.de/



Verkehr und Infrastruktur

Bearbeitet von: Florian Bollin, Christopher Robin Linde, Jason-Jakob Krämer

1459	"Slaps Landkreis: You can fit so
1460	much Infrastructure in here!"
1461	
1462	Grundsätzliche Positionierung der Jusos Rhein-Erft:
1463 1464 1465 1466	Der ÖPNV muss das Rückgrat des Verkehrswesens werden, um die ambitionierten Klimaziele bis 2050 zu erreichen. Vor 10 Jahre zeigte der Modal-Split im Rhein-Erft-Kreis ⁶⁰ , dass gerade einmal 7% der Fahrten mit dem ÖPNV stattfinden, das wollen wir ändern!
1467	Dafür ist eine hochmoderne Infrastruktur nötig. Diese wollen wir schaffen!
1468	
1469	Bezug auf den Rhein-Erft-Kreis
1470 1471	Einrichtung von Rundbuslinien
1472 1473 1474 1475	Innerhalb der Gemeinden im Rhein-Erft-Kreis finden mit Abstand die meisten Fahrten mit dem Auto statt. Eine Querverbindung zwischen den Randorten besteht kaum. In der Praxis heißt das, für eine Fahrt in den Nachbarort muss immer das Stadtzentrum durchfahren werden, welches dadurch stärker belastet wird.
1476 1477 1478 1479	Ein zusätzliches Problem sind eventuell auftretende Verspätungen im ÖPNV. Bei Umsteigezeiten an den Taktknoten von gerade mal 2-3 Minuten ist der Anschluss schnell weg, wodurch sich teilweise Wartezeiten von über einer Stunde ergeben. Dies macht den ÖPNV für den innerstädtischen Verkehr auf dem Land unattraktiv.
1480 1481	Positive Beispiele für Rundlinien sind die Stadtbahnlinie 13 in Köln und die Ringbahn in Berlin. Beide erbringen eine hohe Verkehrsleistung und entlasten das Zentrum.
1482 1483	Eine Rundbuslinie, die die Außenorte der Städte verbindet, bietet hohes Potential und ist ein wichtiger Schritt zur Verkehrswende.

⁶⁰ Quelle: Anlage "ÖPNV-Zukunftspapier" zur Vorlage 276/2019 des Rhein-Erft-Kreises

Nutzung des Kohlebahnnetzes für den Güter- und Nahverkehr 1484 1485 Mit dem Abgang der Kohle wird auch in Zukunft die Industrie um die Kohle 1486 abgebaut. Unser Fokus liegt auf der Gleisinfrastruktur, die für die Kohlebahnen 1487 errichtet worden ist. Sie bietet die Möglichkeit für neue Verbindungen, insbesondere 1488 einer Tangentiallinie beispielsweise von Bedburg nach Wesseling. 1489 Wir fordern die Prüfung des bestehenden Gleisnetzes unter der Berücksichtigung 1490 der weiteren Nutzung für den öffentlichen Nahverkehr und den Güterverkehr! Ausbau des Fahrradwegenetzes 1491 1492 Eine der einfachsten Maßnahmen zur Erreichung der Verkehrswende ist die 1493 Verlagerung von Verkehrsleistung auf das Fahrrad. Doch die Radwege im Kreis sind 1494 zu großen Teilen nicht ausreichend ausgebaut. Sei es entlang der B265 zwischen Erftstadt, Hürth und Brühl oder die Radwege auf ehemaligen Kohletrassen. Oft heißt 1495 1496 geschotterte Feldwege, oder von Wurzeln beschädigte 1497 Asphaltwege. 1498 Attraktivitätssteigerung fordern wir die Zur weiteren Einrichtung von 1499 Servicestationen ca. alle 5km. Diese sollten Sitzgelegenheiten, einen 1500 Trinkwasserspender und einige in Siedlungsnähe auch Toiletten beinhalten. Vor 1501 dem Hintergrund der alternden Bevölkerung und der steigenden Temperaturen ist 1502 die großzügige Versorgung von Trinkwasser, auch in siedlungsfernen Gebieten 1503 dringend Fahrradreperaturstationen in Innenstädten und Hot Spots des 1504 Rhein-Erft-Kreis 1505 1506 Viele Reparaturen, die ein Fahrrad benötigt, kann man einfach selbst übernehmen. 1507 Oft fehlt es aber am nötigen Handwerksmaterial. Wir fordern den Kreis und die 1508 Kommunen dazu auf Fahrradreparaturstationen in den Innenstädten und HotSpots, 1509 in denen sich viele Menschen aufhalten, wie Bahnhöfen, zu installieren. So soll der 1510 Fahrradverkehr gestärkt werden und den Menschen niedrigschwellig Angebote zur 1511 Reparatur der eigenen Räder ermöglicht werden. Wir fordern eine Verlängerung und eine Taktausweitung auf der 1512 Linie SB 92/93 1513 1514 Die erst vor zwei Jahren ins Leben gerufenen Schnellbusse verbinden (fast) den 1515 ganzen Rhein-Erft-Kreis. Leider ist die Stadt Bedburg nicht an das Schnellbusnetz

angeschlossen. Mit einer Verlängerung der Schnellbuslinie SB92 von Elsdorf aus

1517 1518 1519 1520 1521	nach Bedburg (und von dort aus nach Kaster) wäre zum einen die Stadt Bedburg an das Schnellbusnetz angeboten und zum anderen wären die Städte Bedburg und Elsdorf besser miteinander verbunden. Diese sind nämlich nur mit der Linie 988 verbunden, welche aber als Schülerverkehr und somit in den Ferien und an Wochenenden nicht verkehrt.
1522 1523 1524 1525	Zudem wäre eine Taktausweiterung auf beiden Linien bis ca. 21:00/22:00 für Menschen, welche in z.B. Bergheim arbeiten und in Erftstadt wohnen und bis 20:00 arbeiten besser, damit diese nicht über Köln fahren müssen, denn aktuell verkehren die Linien ab 19:00 nur noch verkürzt bis Kerpen bzw. Sindorf
1526	
1527 1528 1529	Außerdem können sich Freunde aus den Städten auch mal am Abend treffen, ohne dann auf dem Rückweg den langen Weg über Köln nehmen müssen. Dies gilt für alle Tage in der Woche.
1530 1531 1532	Auch ein frühes Angebot der Linien an Sams- und Sonntagen wäre für jungen Leute, welche sich früh mit Freunden treffen möchten, gut, um auch hier nicht über Köln fahren müssen.
1533	Wir fordern barrierefreie Haltestellen im gesamten Rhein-Erft-
1534	Kreis
1535 1536 1537 1538	Einen Ausbau der Haltestellen im Rhein-Erft-Kreis ist schön länger eine Sache, da viele Haltestellen nicht Barrierefrei sind. Unter anderen fehlende Blindenstreifen oder Haltestellen nicht auf Fahrzeughöhe machen das Einsteigen für Menschen mit einer Beeinträchtigung nicht gerade leicht.
1539 1540	Damit auch diese Menschen den Öffentlichen Personennahverkehr im Kreis nutzen können, fordern wir einen schnellen Ausbau der Haltestellen im Rhein-Erft-Kreis.
1541	3 Monate Autofrei
1542 1543	Die Initiative drei Monate autofrei war ein Projekt der Stadt Bielefeld, um die Menschen von einer Nutzung des ÖPNV etc. zu überzeugen, statt auf das Auto
1544	zurückzugreifen. Die anfallenden Kosten wurden durch die Stadt Bielefeld getragen.
1545 1546	Wir fordern den Rhein-Erft-Kreis dazu auf eine diverse Gruppe aus Freiwilligen (Arbeitnehmende, Azubis, Studis, Schüler*innen, Rentner*innen) aus allen 10
1547	Kreisstädten aufzustellen und 3 Monate Autofrei zu starten. In der ersten Laufzeit
1548	sollen vor allem Evaluationen des ÖPNV erstellt werden. Was funktioniert? Was ist
1549	ausbaufähig? Nach der Überarbeitung des ÖPNV soll die zweite Testphase

1550 umgesetzt werden. Am Ende soll das Projekt vermarktet werden und eine 1551 Kampagne für den ÖPNV auf den Weg gebracht werden.



Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern

bearbeitet von: Sohaib Bensaid, Sam Fattahi

Die sozial-ökologische Marktwirtschaft

Ökologie, Ökonomie und Gerechtigkeit sind vereinbar.

1555

1556

1557

1558

1559

1560

1561

1562

1563

1564

1565

1566

1567

1568

1569

1570

1571

1572

1573

1574

1575 1576

1577 1578

1579

1580

1581

1582

1583

1584

1552

1553

1554

Grundsätzliche Positionierung der Jusos Rhein-Erft:

Die Kluft zwischen arm und reich wird seit Jahrzehnten größer und kein Ende der Entwicklung ist in Sicht. Damit entsteht ein Riss durch unsere Gesellschaft, während ein kleiner Teil der Bevölkerung es immer besser hat, müssen viele durch Krise zur Krise von weniger leben. Ein zentrales Argument unserer Gesellschaft, dass man der kommenden Generation mehr überlässt, als am Anfang übrig war, droht zu scheitern. Die Ungleichheit ist der Nährboden des Rechtsextremen und der Feinde der Demokratie, die anstatt des kapitalistischen Systems, Ausländer und "Linke"-Eliten die Schuld zuschieben. Es ist unsere Aufgabe zu verhindern, dass aus diesen gesellschaftlichen Rissen irreparable Brüche werden. Der Ursprung dieser fatalen Entwicklung liegt in der neoliberalen Wirtschaftspolitik der 1980er Jahre. Wir Jusos Steuermodell und einem gerechteren einer Wirtschaftspolitik die Trendwende an. Eine gesellschaftliche Kehrtwende entsteht nicht von allein. Damit sich die oberen und unteren Schichten der Gesellschaft annähern, ist ein aktiver Staat gefordert, der Hilflose unterstützt und Belastbare mehr beansprucht. Das Vermögen der 10 reichsten Personen in Deutschland ist allein innerhalb der Corona-Pandemie von rund 144 Milliarden auf etwa 256 Milliarden US-Dollar gewachsen. Diese krassen Ungleichheiten sind weder gerecht noch volkswirtschaftlich förderbar.

Aus diesen Gründen halten wir eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer nicht nur für wirtschaftlich tragbar, sondern gesellschaftlich unabdingbar. Ab 2-Millionen Euro verlangen wir eine staatliche Abnahme von 1 %. Auch eine Rückkehr des Spitzensteuersatzes auf deutlich über 50 % ist notwendig, um die Kluft zu schließen. Gleichzeitig müssen Mittelstand und Unterschicht von hohen Abgaben entlastet werden. Eine pauschale Abgabe, die Lebensverhältnisse des einzelnen nicht berücksichtigt, wie zum Beispiel die Umsatzsteuer, wollen wir senken oder ganz abschaffen.

Für Jugendliche ohne vermögende Eltern muss es die Möglichkeit eines gesellschaftlichen Aufstiegs geben. Daher unterstützen wir Forderungen nach

- 1585 einem Starterbe für alle 18-Jährige. Ein solches Lebenschancenerbe würde die
- 1586 Vermögensgleichheit spürbar reduzieren, die sich über Erbschaften und
- 1587 Schenkungen in der Generationenfolge fortsetzt.
- 1588 Organisationen und Vereine, die sich um die Vernachlässigten sorgen und damit
- 1589 einen erheblichen Beitrag zum sozialen Frieden stellen, sollen vom Kreis stärker
- 1590 finanziell und organisatorisch unterstützt werden.

Bezug auf den Rhein-Erft-Kreis:

1591

1592

1605

Wir wollen im Rhein-Erft-Kreis Wasserstoff fördern!

- 1593 Der gegenwärtige Klimawandel ist Fakt und beruht vorwiegend auf menschlichen
- 1594 Einflüssen. Die untere Atmosphäre heizt sich auf, die Ozeane werden wärmer,
- 1595 Gletscher tauen, Eisschilde schmelzen und Flüsse wie die Erft steigen übers Ufer. Der
- 1596 Rhein-Erft Kreis ist jahrzehntelang ein starker Industriestandort gewesen und muss
- 1597 es auch bleiben. Wir Jusos fordern jedoch eine zukunftsorientierte und nachhaltige
- 1598 Wirtschaftspolitik. Das bedeutet: Dekarbonisierung und Förderung innovativer
- 1599 Ansätze. Power-To-Gas Technologie als Speicher für Überschussenergie aus
- 1600 Erneuerbaren und als Prozessstoff für die Chemie-Industrie in Wesseling, Hürth,
- 1601 Leverkusen, die Eisen- und Aluminiumindustrie nördlich vom Rhein-Erft-Kreis, oder
- 1602 die weiteren zahlreichen kleinen und mittelständischen Unternehmen im Rhein-
- 1603 Erft-Kreis. Der Kreis muss Unternehmen und Initiativen unterstützen, die Wasserstoff
- 1604 bei uns erzeugen vertreiben und die Kapazitäten ausbauen wollen.

Fortschritt geht nur durch neue Ideen – Gründer*innen fördern!

- 1606 Wir Jusos wollen den Rhein-Erft-Kreis zum Innovationskreis machen! Junge
- 1607 Menschen müssen dabei unterstützt werden ihre Ideen für eine bessere Welt
- 1608 voranzutreiben. Innovative und klimafreundliche Ansätze neuer Gründungen
- 1609 müssen gefördert werden. Anreize dafür, sich in der Region anzusiedeln und ein
- 1610 Unternehmen aufzubauen müssen gesetzt werden. Wir verlangen daher einen
- 1611 Ausbau der Start-up Förderstruktur im Rhein-Erft-Kreis. Insbesondere sollen junge
- 1612 Frauen bei der Unternehmensgründung gefördert werden. Es gilt patriarchale
- 1613 Strukturen zu zerstören. Um die Gründung zu vereinfachen, wollen wir ein "Bürokratie
- 1614 freies Jahr" für junge Neugründer*innen.
- 1615 Die von uns angestrebten Veränderung werden die Erreichung einer gerechten,
- 1616 nachhaltigen und starken sozial-ökologischen Marktwirtschaft näher bringen. Der
- 1617 Rhein-Erft-Kreis wird dazu aufgefordert, Merkmale zu definieren, welche
- 1618 Neugründungen unter den Gesichtspunkten "innovativ" und "klimafreundlich"
- 1619 insbesondere zu fördern sind."

1620 Änderungsantrag Ida zu "Insbesondere jungen Frauen […]" ändern zu: 1621 "Insbesondere sollen junge Frauen bei der Unternehmensgründung gefördert 1622 werden. Es gilt patriarchale Strukturen zu zerstören."

Nur zusammen werden wir Wandeln!

1624 Wir fordern den Rhein-Erft-Kreis dazu auf in Zusammenarbeit mit der 1625 Wirtschaftsförderung und den Gewerkschaften eine Bestandaufnahme der 1626 aktuellen Industrielandschaft im Rhein-Erft-Kreis zu vollziehen und eine Strategie 1627 dessen nachhaltiger Weiterentwicklung bis 2030 aufzusetzen. Konkret soll 1628 festgehalten werden, welche Branchen bestehen und wie viele Menschen mit 1629 welchen Qualifikationen, wo beschäftigt sind. Anhand dieses Ergebnisses ist der 1630 Rhein-Erft-Kreis gefordert neue Industriezweige im Rhein-Erft-Kreis anzusiedeln und 1631 Weiterbildungsmöglichkeiten in Kooperation mit den Unternehmen und dem Land 1632 NRW für die Beschäftigten zu schaffen. Hierbei soll der Kreis sich mit anderen sich in 1633 der Transformation befindenden Kreisen und Kommunen austauschen, um aus 1634 Best Practice Beispielen zu lernen.

- 1635 Quellen:
- 1636 https://www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/corona-pandemie-ungleichheit-10-
- 1637 <u>reichste-maenner-verdoppeln-vermoegen</u>
- 1638 https://www.zeit.de/news/2021-04/26/studie-mehrwertsteuer-senkung-hat-alle-
- 1639 haushalte-entlastet
- 1640 https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/start-ups-frauen-
- 1641 <u>gruenderinnen-101.html</u>

1642

1646 1647

- 1643 "Kapital und Ideologie" Thomas Piketty von C.H.Beck 1644 "Konsequenzen des Kapitalismuses" – Noam Chomsky
- 1645 "Und morgen regieren wir uns selbst" Andrea Ypsilanti



Inklusion

1648 bearbeitet von: Roman Haenßgen

1649 1650	Inklusion
	Crundoätzliche Decitionierung der Jusee Phein Erft
1651	Grundsätzliche Positionierung der Jusos Rhein-Erft:
1652	Die Rhein-Erft Jusos bekennen sich eindeutig zu der UN-
1653	Behindertenrechtskonvention und dem Ziel einer inklusiven Gesellschaft in der
1654 1655	Menschen mit Behinderung barriere- und diskriminierungsfrei an alle Bereichen des gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.
1656	Bezug auf den Rhein-Erft-Kreis:
1657	
1658	Der Ausbau der Inklusion an Regelschulen in Kooperation mit den
1659	Städten muss Vorrang haben vor dem Ausbau und Erhalt der
1660	Förderschulkapazitäten.
1661	Der Kreis ist Träger einiger Förderschulen und trägt auch gleichzeig Kosten für die
1662	Inklusion an Regelschulen durch die Bereitstellung von Schulbegleitern. Dabei
1663	werden pro Schüler deutlich mehr Gelder für Schüler*innen an Förderschulen
1664	aufgewendet als für Kinder mit Förderbedarf an Regelschulen. Dies benachteiligt
1665	die Inklusion an Regelschulen strukturell. Ziel muss der Ausbau der inklusiven
1666	Bildung und die langfristige Reduzierung der segregierenden Bildung an
1667	Förderschulen sein, welche den Zielen der UN-BRK zu wieder laufen.
1668	Ausbau der Vermittlungsangebote, um Menschen mit
1669	Behinderung aus Behindertenwerkstätten heraus in den lokalen
1670	ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln.
1671	Inklusion ist ein fortlaufender Prozess und hört nicht mit dem Beenden der Schule
1672	auf. Auch auf dem Arbeitsmarkt müssen Parallelstrukturen für Menschen mit
1673	Behinderung zu Gunsten eines inklusiven Arbeitsmarktes reduziert werden. Die
1674	Vermittlungsquote aus Werkstätten in den ersten Arbeitsmarkt hinein ist
1675	bundesweit unter 1%. Dies sollte auch regional durch verbesserte Hilfe beim
1676	Übergang in den regulären Arbeitsmarkt angegangen werden.

1677	Schaffung eines Beratungsangebotes für Unternehmen und
1678	Arbeitgeber, um die Bereitschaft zur Einstellung von Menschen mit
1679	Beeinträchtigung im Kreis zu erhöhen
1680	Besonders die Angst vor bürokratische Hürden und Vorurteile stehen häufig einer
1681	Einstellung von Menschen mit Behinderung im Weg. Diesen muss aktiv
1682	entgegengearbeitet werden, um einen inklusiveren Arbeitsmarkt zu erhalten und zu
1683	Fördern.
1684	

